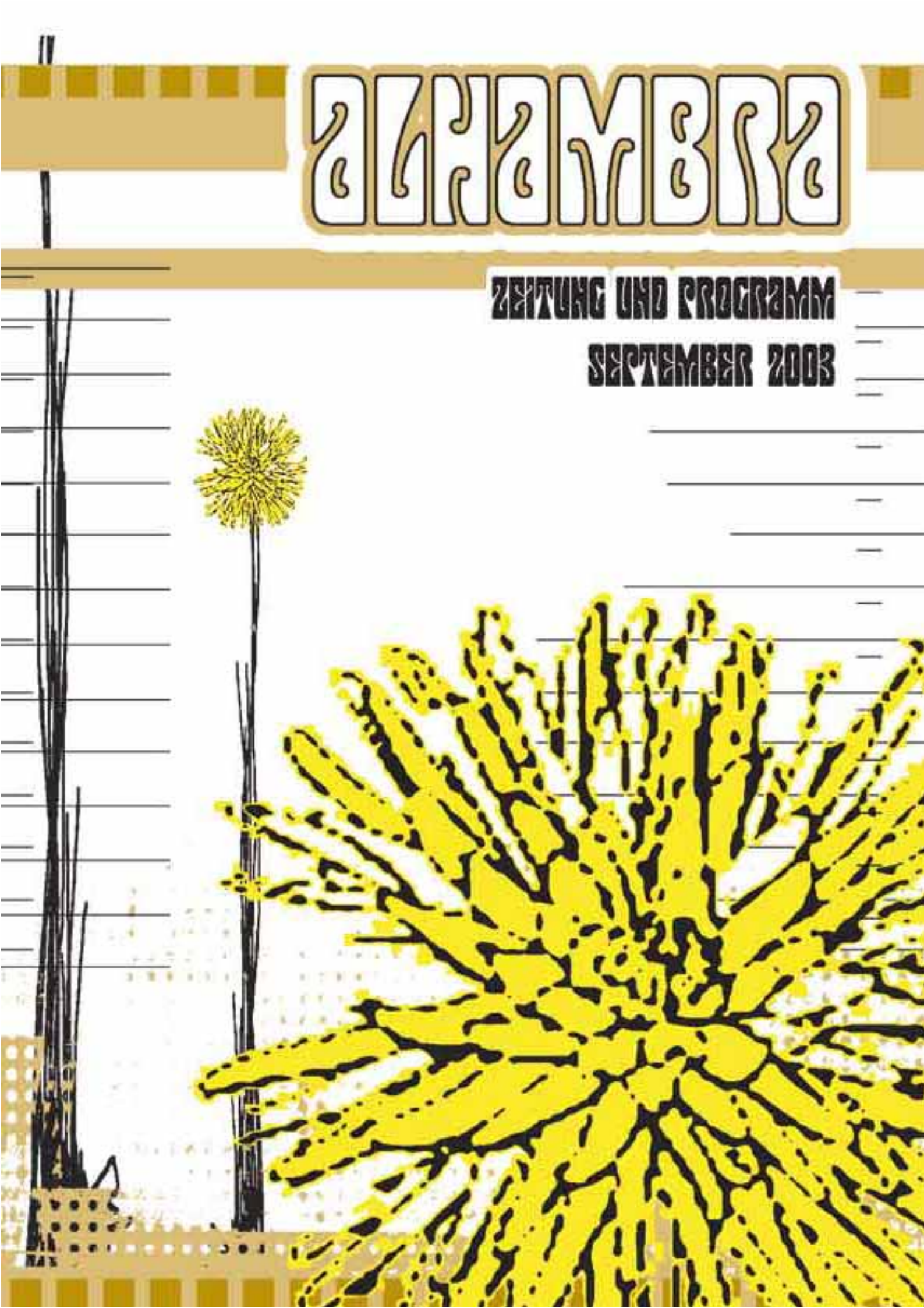
ALHAMBRA

ZEITUNG UND PROGRAMM

SEPTEMBER 2003



alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 2488660
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Kein Fußbreit den FaschistInnen, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig,

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

- LIESMAL -

Rudolf Hess	3
Schill is OUT	4
Kampf für Windmühlen	6
Was Lesben bewegt und was sie bewegen	8
Frauen-Band-Event	11
Grenzcamp	12
800 Mio. Mark für einen Bürgerkrieg	16
Zapatistas	18
Nützliche Lügen	20
Lautes Flüstern	24
Literaturseite	26
Rechtshilfecomix II	27

elektropunk und casio-pop-puppentheater

2600 Nazis aus ganz Europa bei Rudolf Hess - Marsch in Wunsiedel

Soll der Widerstand gegen den Hess-Marsch bereits in den letzten Jahren sehr schwach gewesen sein, fand er dieses Jahr praktisch nicht statt. An einer bürgerlichen Gegenkundgebung nahmen etwa 500 Menschen teil. Der Wunsiedeler 1. Bürgermeister Karl-Willi Beck (CSU) war bei seiner Rede peinlich darum bemüht, das Image seiner Stadt zu schützen, indem er immer wieder betonte, dass Hess ja gar kein Wunsiedler gewesen sei, und immer wieder durchscheinen ließ, dass es ihm weniger um die Tatsache ging, dass 2600 Nazis einen Gedenkmarsch zu Ehren eines Kriegsverbrechers und Hitler-Stellvertreters veranstalteten, sondern darum, dass sie es in 'seiner' Stadt taten (ich bin sicher, wenn sie in einem Nachbarort marschiert wären, hätte es ihn kein Stück interessiert). Von vielen der anwesenden BürgerInnen erhielt er für seine Rede, in denen er 'rechten oder linken Aufmärschen in unserer Stadt' gleichermaßen eine Absage erteilte, Applaus.

Das schlimmste aber war die Normalität, mit der auch Nazis in Kleingruppen ständig über den Marktplatz, wo die Gegenveranstaltung stattfand, liefen, dort ein Eis in der Sonne genossen usw., ohne irgendwie beschimpft zu werden oder so. Das ganze wirkte wie ein nettes Stadtfest, wo Rechte, Linke, BürgerInnen und Bullen zusammenkamen, ohne dass irgendeine größere Spannung in der Luft zu liegen schien. Diese grotesk-friedliche Atmosphäre war irgendwie das Schlimmste an der ganzen Situation.

Als die Kundgebung zu Ende war, gingen die meisten Leute wieder nach Hause. Nur etwa 100 Menschen verblieben auf dem Marktplatz, an dem der Faschisten-Zug vorbeilaufen sollte.
Am Versammlungsort der Nazis fanden sich dagegen nur eine Handvoll BürgerInnen ein, die z. T. interessiert die Flugblätter der Nazis entgegennahmen. Leute, die dem Aufmarsch feindlich gegenüber zu stehen schienen, waren außer uns keine da, und auch wir brachten angesichts des Zahlenverhältnisses 5 gegen 2600 und der Ankündigung eines Polizisten, auch „verbale Konfrontationen" unterbinden zu wollen, leider nicht den Mut auf, das Maul aufzumachen.

So setzte sich der Schweigemarsch also in Bewegung. In klar getrennten und durch Fahnenträger gekennzeichneten Blöcken, wie sich das für einen echten Aufmarsch gehört, zogen die Faschisten los, begleitet von gespenstischer Trauermusik aus einem Lautsprecherwagen. Die Teilnehmerzahl überstieg nach Medienberichten die des letzten Jahres knapp. Nationalisten aus Deutschland, Österreich, Großbritannien, Skandinavien, Tschechien usw. hoben für Rudolf Hess, ihren 'Märtyrer für den Frieden' (!), stolz ihre Fahnen in den Wind. Wobei mir das verworrene Denkmuster eines tschechischen oder britischen Nationalisten nicht wirklich klar ist, wenn er für einen der ranghöchsten Nationalsozialisten auf die Straße geht.

Auf ihrem einstündigen Marsch durch Wunsiedel wurden die Nazis nur auf einer Strecke von 30 Metern gestört, als sie am Marktplatz vorbeikamen. Dort wurden sie von den 100 verbliebenen GegendemonstrantInnen, die durch eine Polizeiabsperrung 10 Meter auf Abstand zu den FaschistInnen gehalten wurden, beschimpft und mit Parolen bedacht. Ansonsten gab es keinerlei Störaktionen gegen den Hess-Marsch, bei dem übrigens 70 Nazis festgenommen wurden (wegen gefundener Waffen, Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Trunkenheit).

Ich persönlich war sehr geschockt von dieser Übermacht von Nazis, vielmehr aber noch von dem praktisch nicht vorhandenen Widerstand. Die meisten Antifas scheinen der Meinung zu sein, dass sich Widerstand nur dann lohnt, wenn man drei mal so viele ist wie die Nazis. Und so kommt es dann, dass eine Kundgebung mit 500 genervten EinwohnerInnen, ein paar „Wunsiedel ist bunt, nicht braun"-Transparenten und nach WiderstandskämpferInnen umbenannte Straßenschilder alles an Protest ist, was dem größten alljährlichen Naziaufmarsch Europas an Gegenwind entgegenschlägt. Dazu kommt, dass gerade so ein gespenstischer Schweigemarsch zumindest akustisch leicht zu stören ist, wenn wenigstens ein paar mehr Leute den Weg hierher gefunden hätte. Dann wäre auch so eine unerträgliche Normalisierung dieser Zustände nicht möglich gewesen.
aus: www.de.indymedia.org

+bürgerliche Gegenkundgebung in Wunsiedel mit 500 Personen+

Schill is OUT !!!

Zum Feiern kein Grund ! jungleworld N°36

Ronald Schill wurde gefeuert, doch der rechte Hamburger Senat bleibt im Amt und der Regierungsterror geht weiter. von andrej reisin

Manche konnten ihr Glück nicht fassen. Rund 2 000 TeilnehmerInnen versammelten sich am Dienstag vergangener Woche im Hamburger Schanzenviertel zu einer Jubeldemo und feierten ausgelassen mit den Polizisten die Entlassung des Innensenators Ronald Schill. Mit dessen politischem Ende, so lautete wohl die Hoffnung der Feiernden, werde auch das Ende des rechtspopulistisch-konservativen Senats, der Hamburg seit knapp zwei Jahren regiert, eingeleitet. Die Party ging so lange, bis die Ordnungshüter traditionsgemäß schlechte Laune bekamen und vierzig Demonstranten in Gewahrsam nahmen.

Am Anfang des Niedergangs Ronald Schills steht die Affäre des Staatsrats der Innenbehörde, Walter Wellinghausen. Der ehemalige Sozialdemokrat war Vorstand der Münchner Isar Klinik II AG und hatte vermutlich noch lange nach seiner Ernennung zum Staatsrat unerlaubte Nebeneinkünfte aus seiner Münchner Tätigkeit. Da er dumm genug war, dies auch noch in zahlreichen Protokollen von Aufsichtsratssitzungen schriftlich festhalten zu lassen, war seine Entlassung eine Frage der Zeit.

Schills Problem bestand nun darin, dass Wellinghausen de facto dessen Job machte, wenn man den Klagen von MitarbeiterInnen der Innenbehörde Glauben schenken darf. Schon als Amtsrichter stand Schill nicht eben in dem Ruf, ein großer Freund der Aktenpflege zu sein, als Innensenator nahm er endgültig davon Abstand und lieber repräsentative Aufgaben wahr. Ohne Wellinghausen wäre vermutlich schnell klar geworden, dass der Hamburger Innenbehörde ein Mann vorsteht, der für den Job völlig ungeeignet ist und zudem von den aktuellen Amtsgeschäften keine Ahnung hat.

In seiner Panik verfiel Schill offensichtlich auf die absurde Idee, seinen Vorgesetzen, Bürgermeister Ole von Beust (CDU), der Wellinghausen entlassen wollte, mit dem Vorwurf der Homosexualität zu erpressen. »Überleg es dir gut heut, heute abend, Prime Time, bundesweit«, soll Schill laut von Beust gesagt haben. Dass der 2. Bürgermeister versuchte, den 1. Bürgermeister zu erpressen, ist aber durchaus vorstellbar. Dabei wäre es nichts Neues gewesen, dass von Beust schwul ist, auch wenn er sich nicht wie der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit (SPD), öffentlich dazu bekannte.

In der Pressekonferenz nach seiner Entlassung behauptete Schill dann, von Beust habe ein Liebesverhältnis mit Justizsenator Roger Kusch (CDU). Der wohnt in einer von Beust gehörenden Wohnung, beide kennen sich seit ihrer gemeinsamen Studienzeit. AnwohnerInnen der Wohnung am Hansaplatz hätten Schill angerufen, um ihm mitzuteilen, dass es »im Bereich der Wohnung zu Dingen komme, die auf Liebesakte schließen lassen«.

Der Hansaplatz liegt im Hamburger Stadtteil St. Georg, der seit Jahren die Gay Area der Stadt ist. Dass hier jemand zum Telefon greifen und Schill anrufen könnte, um ihm zu verraten, dass der Bürgermeister schwulen Sex habe, ist schwer vorstellbar. Die Vorstellung spiegelt vielmehr Schills eigene Homophobie sowie das Vertrauen auf ähnliche Ressentiments der stockkonservativen Wählerschaft des Senats wider. Trotzdem griff lediglich einer der anwesenden Journalisten Schill in der Pressekonferenz offen an und bemerkte: »Das ist zutiefst unanständig, was Sie hier machen.«

Noch offensichtlicher wurde Schills Paranoia, als er am Nachmittag des gleichen Tages Sandra Maischberger beim Sender n-tv ein Interview gab. Nun war die Wohnung am Hansaplatz bereits zu einer »Liebeshöhle« geworden. Trotzdem habe er von Beust nicht erpressen wollen, es sei ihm nur um die unzulässige Vequickung von Privatem und einem öffentlichen Amt gegangen. Im Übrigen verkündete Schill, es bleibe sein Verdienst, dass in Hamburg Kriminalität wieder bekämpft werde, nachdem »die SPD die Stadt 50 Jahre lang schutzlos dem Verbrechen ausgeliefert« habe.

Doch Schill reüssierte nicht mit seiner homophoben Kampagne. Von Beust kam ihm zuvor, am Ende distanzierte sich sogar die Schill-Partei selbst von Schill. »Schock und Scham überkam uns«, sagte etwa Peter Paul Müller aus der Schill-Fraktion. Schills Wunsch, wenigstens Fraktionsvorsitzender seiner Partei in der Bürgerschaft zu werden, wurde von der eigenen Partei zurückgewiesen. Schill bleibt wohl nur einfacher Abgeordneter.

Begonnen hatte er seinen Aufstieg als »Richter Gnadenlos«, der sich bei seiner zukünftigen Wählerschaft dadurch beliebt machte, dass er besonders hart durchgriff und als Strafrichter schon mal bei minder schweren Delikten drakonische Haftstrafen verhängte. Dass sämtliche seiner Urteile von der nächsten Instanz zurückgenommen wurden, interessierte seine Fans wenig. Später wurde er sogar wegen Rechtsbeugung verurteilt, der Bundesgerichtshof revidierte diese Entscheidung allerdings.

Der Machtwechsel in Hamburg im Oktober 2001 war nur möglich, weil Ole von Beust, der als Spitzenkandidat der CDU zuvor ähnlich erfolgreich war wie die SPD in Bayern, seine letzte Chance, den Sessel des Bürgermeisters zu besetzen, gekommen sah. Mit den 26 Prozent der Wählerstimmen, die er für die CDU erreichte, hätte er in jedem anderen Bundesland zurücktreten müssen, aber dank der 19 Prozent der Schill-Partei und der wieder in der Bürgerschaft vertretenen FDP reichte es für eine Mehrheit von vier Stimmen, und das interpretierte von Beust flugs als Regierungsauftrag. Dass er damit erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik einen extremen Rechtspopulisten auf die Regierungsbank brachte, kümmerte ihn wenig.

Seit dem Oktober 2001 ließ die Regierung dann nichts unversucht, ihrer kleinbürgerlichen Wählerschaft und ihren großbürgerlichen Freunden zu gefallen

Sozialabbau, Verschärfung polizeilicher Maßnahmen gegen Obdachlose und Drogenverkäufer, die Räumung von Bauwagenplätzen: Die Liste ist lang und schmutzig, der Widerstand dagegen war mal mehr, mal weniger laut. Am Sturz des Innensenators hatte die Linke nun allerdings nicht den geringsten Anteil.

Ronald Schill war in den 20 Monaten seiner Amtszeit das Aushängeschild des Senats. Vor genau einem Jahr sorgte er für einen Eklat

im Bundestag, als er als Vertreter des Hamburger Senats die Debatte über das Hochwasser in Ostdeutschland dafür benutzte, gegen MigrantInnen zu hetzen. Nur weil es »eine massive Zuwanderung« in die Sozialkassen gebe, müsse der Bund die Kosten der Flutkatastrophe durch Steuererhöhungen finanzieren.
Als er seine Redezeit überschritt, drehte ihm die stellvertretende Präsidentin des Bundestags, Anke Fuchs (SPD), das Mikrofon ab. Dies interpretierte Schill als »Verfassungsbruch« und drohte mit einer Klage. Von Beust musste sich anschließend öffentlich für seinen Innensenator entschuldigen und versicherte, so etwas werde nie wieder vorkommen. Ein anderes Mal forderte Schill die Anschaffung jenes Betäubungsgases, das bei der Stürmung eines besetzten Moskauer Musiktheaters 129 der Geiseln das Leben gekostet hatte.
Mit Dirk Nockemann, dem designierten Nachfolger Schills, übernimmt nun ein Mann die Innenbehörde, dessen politische Vorstellungen von denen Schills kaum abweichen. Er pflege »einen anderen Stil«, ließ Nockemann die Hamburger Presse wissen, aber mit den Ansichten des Parteigründers hatte er nie auch nur die geringsten Probleme. Seine angebliche Fachkompetenz erwarb er sich als Leiter des Landesamtes für Asylbewerber und Flüchtlinge in Mecklenburg-Vorpommern, wo er eine rigide Abschiebepolitik betrieb.
Auch dass nach wie vor rund 20 Prozent der WählerInnen in Hamburg bereit sind, für eine mehr oder weniger rechtsextreme Partei zu stimmen, ist äußerst bedenklich. Zum Feiern gibt es auf St. Pauli noch lange keinen Grund.

Regierung stürzen !!!

Am 08.07.2003 wurde vom Schwarz–Schill Senat beschlossen das Drogenhilfprojekt Fixstern im Schanzenviertel zu schließen. In Zukunft soll im Schanzenviertel lediglich Beratung und Spritzentausch möglich sein, die Konsumräume werden abgeschafft. Diese Zerschlagung der Drogenhilfe, wird sich wie so oft zum Nachteil der KonsumentInnen auswirken und langfristig zu mehr Drogentoten in Hamburg führen. Wir sehen diese Maßnahme eingebunden in eine Politik der Ausgrenzung und sozialen Verschärfung, die in Hamburg immer heftiger durch die Straßen tobt. Dieser Mischung aus Autorität, Einsparungen und Schließungen wollen wir nicht tatenlos zusehen. Der rechtspopulistische Senat forciert ein reaktionäres Gesellschaftsbild, dass wir als urbanen Großraumvollzug erleben und rundherum ablehnen. Mit dem Straßenfest wollen wir mit vielen Initiativen unsere Widerstände ankündigen und vom öffentlichen Raum Besitz ergreifen.

Wir verstehen diese Initiative auch als Anknüpfung an die Auseinandersetzungen vom Anfang des Jahres um Bambule und als Wiederaufnehmen der Forderung nach dem Sturz der Regierung. Nur ein breiter anhaltender Widerstand gegen die Senatspolitik wird verantwortliche Nasen wie Beust und Schill aus den Ämtern fegen. Um das zu verhindern besetzt der Senat die Straßen mit einer Armada von Polizisten, um jeglichen Protest zu unterbinden. Demonstrationsverbote, gewalttätige Polizeiübergriffe und Wanderkessel sind unter Schwarz-Schill zur Normalität geworden. Das Maß der Kontrolle und Überwachung hat ein unerträgliches Niveau erreicht. Der Prozess gegen Thüringer Polizeibeamte, die nach einer Bambule Demo ihre Schleswig Holsteiner Kollegen in Zivil vermöbelt haben, ist nur die ironische Spitze eines Eisberges, der seinen Ursprung in der rechtspopulistischen „Law and Order“-Politik hat.

Wir unterstützen die „Hamburger Erklärung für Versammlungsfreiheit“ in der zahlreiche Organisationen, Gruppen und Personen festgestellt haben: „Seit dem Beginn der Proteste um die Räumung des Bauwagenplatzes „Bambule“ Ende 2002 hat die Hamburger Polizei systematisch den Versuch unternommen, jegliche Form des senatskritischen Protestes zu unterbinden. [...] Überzogene Gefahrenprognosen und polizeiliche Willkür bilden das momentane Bild der Demonstrationen in Hamburg. [...] In Zeiten, in denen unter den Vorzeichen von Sozialabbau und wirtschaftlicher Krise gesellschaftliche Widersprüche offener zutage treten, ist die Unantastbarkeit demokratischer Grundrechte wichtiger denn je.“

Einen Höhepunkt hat diese Politik in den Übergriffen auf die SchülerInnendemo gegen den Irak-Krieg am 24.03.2003 gefunden. Im Bildungsabbau haben sich diese Übergriffe politisch fortgesetzt und konsequent werden die Forderungen von StudentInnen, SchülerInnen und Elternversammlungen auch hier übergangen. Stattdessen wird der legitime Widerstand in der Schule Ludwigstraße von Schulsenator Lange öffentlich durch den Dreck gezogen. Anlass hierzu gaben einige Drohbriefe von Minderjährigen die Lange genüsslich aufbewahrte und zum passenden Zeitpunkt der Presse präsentierte. Der Protest gegen Bildungsabbau soll durch solche Inszenierungen ausgehebelt werden. Wir lassen uns von solchen billigen Effekten nicht beeindrucken und sind solidarisch mit dem Widerstand der Elternversammlungen, Lehrer und SchülerInnen.

Wir werden uns auch in Zukunft in unserem Widerstand nicht einschüchtern lassen. Mit dieser Regierung werden keine neuen Bauwagenplätze, Fixerräume, Frauenprojekte oder Verbesserungen im Kita-System möglich sein. Daher wollen wir das Fest als Zeichen gestalten, dass dieser Senat abhauen soll. Wir sehen unsere Perspektiven für Veränderung nicht in Parteienpolitik und einer neoliberalen Umgestaltung, sondern in der Entwicklung autonomer Bewegungen, die ihre Projekte und Rechte verteidigen, über den Tellerrand hinausschauen und einen solidarischen Gesellschaftsentwurf entwickeln.

aus: www.regierung-stuerzen.de

Antirassismus weggeräumt. "Polizei-Stadt Köln" – Massenverhaftung und Überfall auf Grenzcamp (Presseaussendung der Pressegruppe des Camp)

Das 6. Antirassistische Grenzcamp wurde am letzten von insgesamt 10 Tagen durch ein massives Polizeiaufgebot brutal geräumt. Bereits gegen Mittag des heutigen Tages marschierte ein Aufgebot von rund hundert Polizisten in Kampfmontur am Eingang des Grenzcamps an den Poller Wiesen auf.

Die GrenzcamperInnen stellten sich ihnen entgegen und versperrten den Zutritt zum Camp. Polizeibeamte zeigten immer wieder auf einzelne Camper, die dann aus der Menge heraus gegriffen wurden. Unter dem Vorwand vermeintliche Straftäter verhaften zu wollen, eskalierte die Polizei die Situation am und um das Grenzcamp an den Poller Wiesen.

Das Verlassen und der Zugang zum Camp wurde unmöglich. Dies hat nichts mit dem "Schutz" der 40 Neonazis zu tun, die sich um die Mittagszeit in Poll versammelten. Diese Freiheitsberaubung ist Ausdruck des repressiven polizeistaatlichen Vorgehens der Kölner "Ordnungshüter". Dabei wurde unter anderem auch Tränengas eingesetzt, was bei knapp 40 Grad Celsius zu schweren Verbrennungen der Haut führt. Zusätzlich stellte die Polizei den 200 – 300 im Camp Anwesenden das Wasser ab, so dass auch die Verletzten nicht behandelt werden konnten. Nachdem Telefon- und Internetleitungen des Camps gekappt waren, wurden alle Anwesenden als verhaftet erklärt.

Die am Camp beteiligten Flüchtlinge sind durch die Räumung massiv gefährdet und von Abschiebung bedroht. Im Kessel haben die anderen Eingeschlossenen sich um die Flüchtlinge herum gestellt, um diese zu schützen. Parallel wurden Verhandlung für ihren freien Abzug geführt, u.a. durch Rechtsanwälte und die stellvertretende NRW-Landtagsvorsitzende (Bündnis 90/ Grüne) Edith Müller. Von Seiten der Polizei gab es jedoch keinerlei Einlenkung.

Das Eindringen der Polizei auf das Campgelände ist ein eindeutiger Bruch der bisherigen Absprachen.

Das 6. Antirassistischen Grenzcamp, welches sich gegen staatlichen und alltäglichen Rassismus richtet, soll in der Öffentlichkeit als kriminell dargestellt werden. Angesichts von Abschiebungen in Folter und Tod sind Müll im Ibis-Hoteleingang sowie Störung der Flugabfertigungen wegen Beteiligung am Abschiebegeschäft Ausdruck von Zivilcourage und sollten nicht zu kriminellen Aktivitäten hochstilisiert werden. Die Aktionen des Grenzcamps sind in erster Linie symbolischer Natur und sollen irritieren und provozieren. Durch das "Einkesseln" von Demonstrationen auf Kölner Straßen verursachte die Polizei immer wieder erhebliche Behinderungen – nicht die DemonstrantInnen. Eine weitere Antwort der Polizei auf Zivilcourage ist das strategische Erfassen von politisch Aktiven durch ständige Beschattung und dem massiven Fotografieren und Filmen vieler CamperInnen.

Schon am gestrigen Freitag kam es zu einer bewussten Provokation: Ein Motorrad-Polizist fuhr durch das Grenzcamp-Gelände, ein Akt wider alle Absprachen. Er wurde von AktivistInnen aufgehalten und zur Umkehr gezwungen, dabei sei angeblich eine Kamera entwendet worden. Auch diesen Vorfall inklusive der Behauptung, dass hier ein schwerer Raub begangen worden sei, sehen wir als Vorwand um ihren Einsatz rechtfertigen zu können.

Absurd: heute wurde ein junger Journalist festgenommen mit der Behauptung, er habe die Kamera gestohlen. Nachweislich filmt der junge Kollege jedoch schon seit einer Woche mit der Kamera eines Freundes.
Während des Angriffs auf das Camp hielt die Polizei eine Pressekonferenz ab. Nachdem einige JournalistInnen nach dem Verbleib des Kollegen fragten, wurde ihnen das von der Polizei vorbereitete Filmmaterial vorenthalten. Die meisten JournalistInnen mussten den Raum verlassen, bevor allein einige wenige ausgewählte lokale MedienvertreterInnen das Material zu Gesicht bekamen.

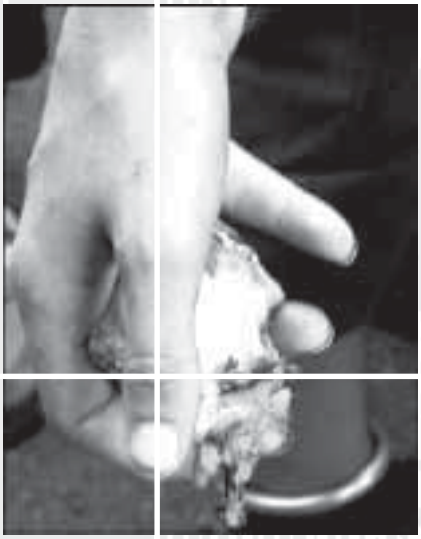
Den Polizeieinsatz verstehen wir als Angriff auf die antirassistische Bewegung in der BRD und deren internationale Vernetzung. Durch diesen Überfall zeigt die Stadt Köln wieder, dass sie mit ihren angeblichen Bemühungen bezüglich einer „ausländerfreundlichen“ und multikulturellen Stadt nicht ernst zu nehmen ist. Menschen, die selber aktiv werden um Institutionen und Orte von Verwertungspolitik und rassistischer Praxis herausstellen, werden mit polizeilichen Maßnahmen angegangen. Durch die erfahrene maßlose Machtdemonstration sollen die

AktivistInnen eingeschüchtert und die Organisierungsprozesse behindert werden.

Noch während der Räumung des Camps fanden in Kiel, Dresden, Leipzig, Hamburg, Göttingen, Freiburg, Köln, Bielefeld, Frankfurt a.M. und im Wendland spontane Protestdemonstrationen statt. In Bremen wurde während einer Live-Übertragung der Kammerphilharmonie die Bühne geentert und eine Solidaritätserklärung gegen die massiven Polizeiübergriffe verlesen. Weitere Solidaritätsaktionen sind für den nächsten Tag angekündigt.

Zum aktuellen nächtlichen Zeitpunkt (3:03) sind über 200 Festnahmen bekannt. Immer noch werden CampteilnehmerInnen auf dem Gelände festgehalten sowie in der Stadt gejagt.

wir drucken hier mal die presseerklärungen, die direkt nach der räumung veröffentlicht wurden. die campesinas wurden ab sonntag 6:30 freigelassen und durften auch wieder aufs camp. das durch die räumungn verursachte chaos wurde aufgeräumt und die stadt hat die 10.000 euros kaution für den platz zurückgezahlt... soweit in kürze.



presse-erklärungen köln

Grenzcamp-Soliaktion in Bremen

Während der LiveÜbertragung des Abschiedskonzertes des Dirigenten der Bremer Kammerphilharmonie am Bremer Marktplatz haben wir heute um ca. 23.00 Uhr die Bühne geentert. Vor einem Publikum von mehreren tausend Menschen konnten wir eine Solidaritätserklärung zu den massiven Polizeiübergriffen verlesen, die zur Zeit auf dem 6. Antirassistischen Grenzcamp in Köln stattfinden. Auch konnten wir ein Transpi über die gesamte Bühne spannen. Unsere Spontaktion konnte von der Security nicht verhindert werden. Die Aktion lief einige Minuten. Unser Herz und unsere Solidarität geht nach Köln!

da war doch noch was...

Über die Diskussion über den massiven Bulleneinsatz beim 6. antirassistischen Grenzcamp geraten phantasievolle Aktionen aus dem Blickfeld. Das sollen sie nicht.

Nach 10 Tagen Aktionen, Diskussionen, Demonstrationen und einfach nur Bekannte treffen und die Sonne genießen wieder zurück in Berlin. Das 6. Antirassistische Grenzcamp, ein Fixpunkt am kargen Himmel autonomer Politik. Hier treffen sich unter dem Banner "Antirassismus" keine "Friedenscamper", wie die Süddeutsche Zeitung am 11.8. schrieb, sondern ein bunter Haufen derjenigen, die mit kreativen Aktionen und begrenzter Provokation die Menschen auf bestimmte Dinge eher stoßen wollen, als den/die NormalbürgerIn an die Hand zu nehmen und dort abzuholen wo sie sich in ihrer durch Arbeitslosenzahlen, Sozialabbau und rassistischem Grundkonsens bestimmten nationalen Tristesse gerade mal befindet. Hier treffen sich keine Friedenshippies, die versuchen, ihre eigene heile Welt in einer Falschen aufzubauen, aber auch, zumindest primär, keine jugendlichen Heißsporne, die - schwarz vermummt - im Steinewerfen die einzige Form linksradikaler Politik sehen. Es ist Platz für Aktionen, die klandestin und mit kreativem Kopf, in Anlehnung an Stadt- und Kommunikationsguerilla, die herrschenden Verhältnisse - zumindest lokal - zum Tanzen bringen. Doch dies geht im öffentlichen Diskurs und im Abarbeiten an

angeblichen "Steine- und Fäkalienwerfern" und der massiven Polizeibrutalität, die dieses Camp erfahren hat, unter. Was bleibt sind eben die "Friedenscamper" der Süddeutschen Zeitung und die "Steinewerfer" und "Straftäter" der Kölner Polizeiberichte. Aber auch im internen Diskurs, was um so trauriger ist, ist davon bisher auf Seiten wie Indymedia oder KanalB? wenig zu lesen und zu hören. Um praktische linke Politik mit Inhalt zu füllen, sollte aber über diese Art von Debatten hinaus eine Beschäftigung mit Inhalten und Aktionsformen stattfinden. So finde ich es viel weiterführend, sich mit den zahlreich stattgefundenen kleinen Aktionen während des Camps auseinander zusetzen oder zumindest, zu berichten, dass es sie auch gegeben hat. Und das abseits von linker Prollemik alla "Es gab da ne Aktion bei ..., Die Bullen haben ... Leute festgenommen, aber dann haben wir's denen auch gezeigt. Mollies und Steine. Für die Revolution!" Hört sich gut an, aber ist das wirklich alles?
Klar wir müssen uns auch in schwieriger Zeit gegenseitig Mut zusprechen, damit mensch den Traum einer möglichen Revolution nicht verliert, mensch kann sich auch beweihräuchern und auf die "Bullen" schimpfen, auch dass braucht gelegentlich die geschundene autonome Seele, aber wenn das alles ist, dann ist es mir nicht schade um diese Bewegung und vielen anderen wahrscheinlich auch nicht.

Blue/Silver - Block:

Als Aktionsform, die sich durch mehrere Aktionen des Camps zog möchte ich als erstes die "Blue/Silver"-AktivistInnen erwähnen. In blaue Overalls und silberne Accessoires gekleidete AktivistInnen, sofort auffallend, aber sich den elektronischen Bullenaugen uniform und nicht direkt unterscheidbar darbietend rennen, springen, laufen trommelnd durch die Straßen Kölns. Sprechchöre werden gerufen und an spontan ausgewählten Stellen werden kleine Theaterszenen gespielt. Schön und gut, aber inwieweit ist das als politische Aktion zu verstehen? Entstanden ist die Aktionsform nach den Protesten 2001 gegen den IWF-Gipfel in Prag. In phantasievoller Pink und Silber Aufmachung marschierten AktivistInnen der "radical cheerleaders" an der Spitze eines Demonstrationszuges. Ziel war, durch die ungewöhnliche Aufmachung zu irritieren, die Pauschalisierung als "Schwarzer Block" zu durchbrechen und die Stimmung auf der Demonstration zu steigern. Doch es blieb nicht dabei: Wesentliches Element dieser Aktionsform war schon in Prag die durch die Irritation und harmloses Auftreten entstandenen Spielräume - beispielsweise in Bullenketten - konsequent zu nutzen, d.h. diese zu durchbrechen. Als "Pink and Silver" waren sie auch schon vor zwei Jahren auf dem Grenzcamp in Frankfurt am Main dabei. Zur Abwechslung waren sie auf dem Kölner Camp als "Blue and Silver" vertreten. Durch ein DeligiertInnen-System sind die TeilnehmerInnen untereinander vernetzt und an allen Entscheidungen beteiligt. Entscheidungen werden durch verschiedenen Handzeichen getroffen. "Blue (Pink) and Silver" vereinigt also mehreres: Aufhebung von Grenzen (z.B. beim Durchbrechen von Bullensperren), Steigerung der Stimmung auf der Demo, erschwerte Verfolgung durch die Büttel, kreative Entscheidungsfindung und positive Auswirkung auf PassantInnen. Das heisst nicht, dass es wieder nur um Bullen gehen soll, sondern um eine Art symbolischer Grenzüberschreitung.
Auf dem Camp war "Blue and Silver" am Donnerstag und am Freitag präsent. Am Donnerstag als Teil der Innenstadtaktionen im Kölner Hauptbahnhof, davor und in der ganzen Stadt und am Freitag auf der Demonstration gegen die IOM (International Organisation for Migration) in Bonn. Am Donnerstag konnte "Blue and Silver" durch eine kleine Zugfahrt in nahe Vororte von Köln für die Bullen unerwartet in Köln anreisen. Im Zug noch inkognito, füllte sich der Bahnsteig bald mit blau/silbernen AktivistInnen, welche laut trommelnd über die Rolltreppen in einen Seitengang des Bahnhofs gelangten. Ziel war aber die Haupthalle des Bahnhofs, die durch eine lose Bullenkette abgesperrt war. Kurzentschlossen wurden die verdutzten Beamten trommelnd und laut rufend überrannt, sodass eine halbstündige Kundgebung mit kurzen Theatereinlagen und dem Verteilen von Flugblättern im Bahnhof möglich wurde. Verteilt wurden auch Alternativausweise für alle Personen und alle Länder, welche mit Fragen wie "gewünschter Name" oder "gefühltes Alter" selbstausgefüllt werden konnten. Diese Ausweise, so die Aufschrift, ersetzten die herkömmlichen Ausweise, sind aber so universell, dass sie mitgenommen und auch zuhause gelassen werden können. Später gab es noch Aktionen und Redebeiträge von Erfahrungen von MigrantInnen und

Flüchtlingen mit deutschem Rassismus auf der Domplatte. Leider hatte die Polizei den Bereich relativ weiträumig abgesperrt, sodass viele PassantInnen gar nichts hören und sehen konnten. Später ging es noch in einer Demo durch die Stadt.

Die IKEA-Aktion:

In mehreren Kleingruppen versuchten AktivistInnen des Grenzcamps unbemerkt zu IKEA im Süden Kölns zu gelangen. IKEA lässt über ein Subunternehmen die Schrauben für die IKEA-Möbel im Abschiebeknast Büren zu miserablen Bedingungen verpacken. Die Abschiebehäftlinge bekommen 2-3 Euro die Stunde, wovon sie noch 3/7 zur Finanzierung der Abschiebehaft abgeben müssen. Leider fuhren die Straßenbahnen so selten, dass schließlich fast alle Kleingruppen in einer Bahn landeten. Dies bekamen dann auch die Bullen, wahrscheinlich über Spitzel, mit. Als die AktivistInnen bei IKEA ankamen, standen schon mehrere Wannen bereit. Wider Erwarten ließen sie uns aber ungehindert in das IKEA-Gebäude "einsickern". IKEA-MitarbeiterInnen standen irgendwie alarmiert bereit, griffen aber nicht ein. Im Gebäude wurden Flugblätter verteilt und KundInnen auf die durch IKEA unterstützte Ausbeutung hingewiesen. Andere AktivistInnen klebten im wie bei IKEA üblich öffentlich zugänglichen Lagerbereich, Aufkleber auf die Verpackungen von Billi bis Ivar, die auf eben diese Ausbeutung und Unterstützung rassistischer Ausgrenzung hinwiesen. Auf Pappkartons und Produktetiketten waren diese sicher schwer zu entfernen. Hinter den Kassen fang gleichzeitig eine Megafonkundgebung statt und es wurde mit KundInnen versucht zu diskutieren. Nach ca. 10 Minuten war die Kundgebung beendet. Viele, die später gekommen waren, bekamen leider nichts mehr von der Aktion mit. Die IKEA-MitarbeiterInnen waren bis zum Ende der Aktion extrem entspannt und ließen die AktivistInnen ihre Botschaft vermitteln. Teilweise fragten die MitarbeiterInnen auch ganz interessiert, worum es denn überhaupt ginge. Ein Mitarbeiter mit einem Polo-Shirt mit der Aufschrift "Einrichtung & Kommunikation" erklärte, dass IKEA den Vertrag mit dem Subunternehmen schon vor zwei Wochen gekündigt habe.
Alle AktivistInnen konnten schließlich von der Polizei ungehindert zurück zur Straßenbahn laufen. Ein Teil der AktivistInnen fuhr nach Köln, ein anderer nach Bonn.

Das Ibis-Hotel in Bonn:

Die ibis-Hotels gehören zur ACCOR-Gruppe, welche am Gutschein bzw. Chipkartenystem profitieren und in Frankreich Räume als Zwischenunterbringung für Abschiebehäftlinge vermieten. Daher waren ibis-Hotels schon öfter Ziel von Aktionen geworden. Hier wurde folglich konfrontativer und ohne direkt vermittelnde Absicht vorgegangen: AktivistInnen versammelten sich neben dem Hotel. Aufgaben waren schon verteilt. Auf ein Zeichen hin gingen die AktivistInnen vor das Hotel, es wurden die Scheiben mit Plakaten beklebt und mit Graffiti besprüht. Zusätzlich wurde der auf dem Weg gesammelte Müll in die Lobby des Hotels geschüttet. Ein in der Nähe stehender "Grüner Punkt"-Container entging den Augen der AktivistInnen nicht und landete zielsicher im Eingang. Schon eine halbe Minute später war von den AktivistInnen nichts mehr zu sehen.

Geburtstagsgratulation für das Ausländerzentralregister:

Mit Kuchen, Kerzen und Glückwünschen begrüßten AktivistInnen des Grenzcamps die Angestellten des AZR und "gratulierten" zum 50jährigen bestehen. Teilweise nahmen die Angestellten die Gratulation für bare Münze und bedankten sich artig. Scheinbar ist ihnen der Charakter ihres Tuns gar nicht bewusst. Da muss wohl die Ironie in der sonst gelungen Aktion deutlicher gemacht werden. (Leider war ich bei der Aktion nicht dabei, habe sie aber erwähnt, da ich sie sehr lustig fand)

Kundgebung vor dem IOM:

Sehr gefallen hat mir auch die Kundgebung vor der "International Organisation for Migration" (IOM) in Bonn/Bad Godesberg. Leider war der Platz vor dem IOM-Gebäude abgesperrt. Das war aber gar nicht so schlimm, da die OrganisatorInnen sich viel Mühe gemacht haben und ein Telefongespräch mit einer Mitarbeiterin des IOM präsentieren konnten. Die AnruferInnen, die sich als "kein mensch ist illegal" vorstellten, teilten der Mitarbeiterin mit, dass das IOM den Hauptpreis einer Lotterie, eine Weltreise gewonnen habe. Da das Gespräch nicht real, sondern fiktiv vorproduziert war, legte die Mitarbeiterin nicht auf und die Anruferin konnte sämtliche Stationen der Reise aufzählen. Diese waren Länder in denen das IOM besonders aktiv ist. So könnten die IOM-MitarbeiterInnen im Kosovo abgeschobene Bürgerkriegsflüchtlinge in ihren miserablen Behausungen besuchen und in der Ukraine oder Afghanistan mit nicht anerkannten Asylbewerbern und Kriegsflüchtlingen sprechen, so diese überhaupt noch lebten. Ziel der Reise war Nauru, eine Insel im Pazifik, welche sich dem internationalen Flüchtlingsmanagement verschrieben hat. Insgesamt mal eine andere Art des normalen Redebeitrages mit dem Nebeneffekt, dass einige Infos besser im Gedächtnis blieben.
Nach Ende dieses fiktiven Telefonats wurde noch versucht, den Leiter des IOM in Bonn Herrn Hemingway direkt zu erreichen. Bei allen drei Versuchen, wurde der Hörer abgenommen und gleich wieder aufgelegt. In der Realität hielt Herr Hemingway wohl nicht so viel von dem errungenen Hauptgewinn.

Es gibt noch unzählige Sachen zu erwähnen.

am flughafen düsseldorf

So tauchte ein Brief mit Briefkopf des Polizeipräsidiums in Köln in mehreren Kölner Briefkästen auf. In diesem Schreiben wurden die BürgerInnen dazu aufgefordert, ihre Reiseaktivitäten der letzten drei Jahre bekannt zu geben. Auch kursierte ein Brief mit Briefkopf der Stadt Köln. Es wurden kontrollfreie Zonen eingerichtet und gemeinsames "Freibaden" organisiert.

Die genannten Aktionen sind nur eine Auswahl. Ich war nicht bei allen Aktionen dabei und kann dazu also auch nichts schreiben. Dies mögen andere tun... . Alle sind aufgefordert, die genannten Aktionsformen aufzugreifen und weiter zu entwickeln.

gefunden bei indymedia,
gepostet von tutu - 14.08.2003

Was Lesben bewegt und was sie bewegen

Ost- und westdeutsche Lesben haben in und mit unterschiedlichen Frauenbewegungen gesellschaftlich viel bewegt: Sie haben patriarchale, heterosexistische Strukturen aufgedeckt und angegriffen, unabhängige Initiativen, Projekte und Existenzen gegründet, lesbische Lebensweisen öffentlich gemacht sowie feministische, lesbische und queere Forschung vorangetrieben. Sichtbarkeit, vor allem in den Medien, Wahlmöglichkeiten, Rechte und Akzeptanz haben zugenommen. Doch was Frauen erkämpft haben, sind oft gesellschaftliche Gewinne auf Widerruf. Und manchmal wirken gerade Erfolge oder Teilerfolge gegen eine Weiterentwicklung - so zum Beispiel, wenn Projekte nicht länger gefördert werden mit der Argumentation, es gäbe keinen Bedarf mehr. Insgesamt scheinen feministisch-lesbische Projekte im Vergleich zu schwul-lesbischen weniger förderungswürdig im Verteilungskampf um öffentliche Präsenz und finanzielle Ressourcen - immer noch oder jetzt erst recht? Lesben selbst sollten sich auch fragen, inwieweit wir mit zunehmender (Schein?) Normalisierung Positionen politischer Entschiedenheit und radikaler Kritik verlassen. Es sind immer noch feministische und seit etwa zehn Jahren queere2 Einflüsse, die lesbenpolitisches Denken und Tun entscheidend prägen. Ich will im Folgenden zur Diskussion stellen, wie Zwangsheterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit jeweils in feministischen und queeren Perspektiven zusammenwirken.

Zwangsheterosexualität....

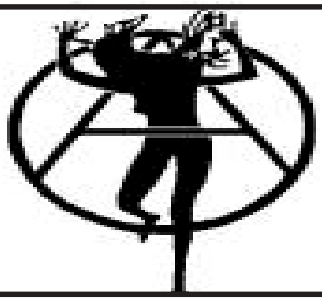
Im feministischen Verständnis wird Zwangsheterosexualität etwa seit Mitte der 1970er Jahre als patriarchale Gewaltstruktur benannt und als politische Institution angegriffen. „Schluß mit dem Zwang zur Heterosexualität!“ wird zum ersten Mal 1974 in einer breiten bundesweiten Solidarisierungskampagne anlässlich des „Hexenprozesses in Itzehoe“ gefordert (M. Ihns und J.Andersen - die lesbischen Freundinnen werden beschuldigt, an der Planung und Durchführung des Mordes an M.Ihns' gewalttätigem Ehemann beteiligt gewesen zu sein). 1975 analysiert Alice Schwarzer „die herrschende Heterosexualität“ als „kulturell erzwungene“, als „Zwangsheterosexualität“ und sie erläutert, „was an der Zwangsheterosexualität so politisch ist“: „Kategorien wie Heterosexualität und Homosexualität sind kultureller Natur und nicht biologisch zu rechtfertigen“ so Schwarzer und ausschließliche Heterosexualität sei ein entscheidendes Machtmittel im Geschlechterkampf. Das 'Sexmonopol' der Männer sichere ihnen gleichzeitig das „emotionale Monopol (Frauen verlieben sich selbstverständlich nur in Männer), das soziale Monopol (Frauen sind zur sozialen Anerkennunng auf die Ehe, mindestens aber auf die Männerbeziehung angewiesen) und das ökonomische Monopol (Frauen akzeptieren 'aus Liebe zum Mann' Gratisarbeit im Haus und Zuverdiener-Jobs im Beruf)“. Einige Jahre später, Anfang der 80er Jahre, fordert Adrienne Rich, eine feministische US-ameri-kanische Schriftstellerin, deren Gedichte und Texte zu Rassismus, Antisemitismus und Frauenliebe auch in Deutschland viel gelesen wurden: „Wir brauchen eine ökonomische Analyse, die die Institution der Heterosexualität - mit ihrer Doppelbelastung für Frauen und ihrer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung - als die am höchsten idealisierte Form eines ökonomischen Bezugssystems erfaßt“. Rich begreift lesbischen Feminismus als Widerstand und Patriarchatsverweigerung. Durch Zwangsheterosexualität, so vermutet Rich, soll „ein ungeheures Potential von

Gegenkräften in Bann gehalten werden". „Frauenidentifikation" wird zum „...potentiellen Trampolin weiblicher Macht" und, so Rich weiter: ..."unserer Macht, die sozialen Beziehungen der Geschlechter zu verändern und uns selbst und einander zu befreien". Nun hat sich in den letzten 30, 20 oder 10 Jahren sicherlich einiges getan in Sachen Geschlechterbeziehungen und Selbstbefreiung - Heterosexualität mag weniger zwanghaft daher kommen. Mir scheint jedoch in diesen frühen feministischen Analysen von Zwangsheterosexualität ein Aspekt nach wie vor politisch brisant: Der Zusammenhang von Ökonomie, geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung, Sexualität und Ausbeutung - ein Zusammenhang, der nicht zuletzt in queeren Debatten eher vernachlässigt worden ist.

Auch von queeren TheoretikerInnen wird der Begriff Zwangsheterosexualität verwendet. Über Sexualität wird durchgesetzt, was als normal und was als abweichend/anders gilt, wer dazugehört und gehört wird und wer ausgeschlossen, sprach- und machtlos bleiben soll. Vereinfacht gegenüber gestellt ließe sich sagen: Im feministischen Verständnis dient Zwangsheterosexualität vor allem der Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen, im queeren Verständnis dient Zwangsheterosexualität vor allem dazu, Normalität und Ausschlüsse zu schaffen. Dabei bringen sich Zwangsheterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit, so die Queer-Theorie, gegenseitig hervor.

... und Zweigeschlechtlichkeit

Das heute vorherrschende Verständnis von zwei und nur zwei anatomischen Geschlechtern, die eindeutig, naturhaft und unveränderbar zu bestimmen sind, ist historisch im 18.Jhdt. entwickelt worden. Bis dahin galten weibliche und männliche Geschlechtskörper grundsätzlich als gleichförmig. Körperliche Unterschiede wurden als graduell angesehen, dabei allerdings durchaus hierarchisch bewertet. Weibliche Körper galten als mangelhafte Variante männlicher Körper, nicht als grundsätzlich andere. Ebenso wenig wie das strikte System der Zwei-geschlechtlichkeit historisch Allgemeingültigkeit hat, ist eine absolute Gegenüberstellung von zwei Geschlechtern - ohne Abstufungen oder 'Mischformen' - kulturell verallgemeinerbar. Bedeutsame Kriterien für mögliche 'Mischformen' von Frauenmännern und Männerfrauen sind u.a. Gebär- und Zeugungsfähigkeit bzw. -unfähigkeit (z.B. altersabhängig), geschlechtsspezifische Arbeitsteilungen, Kleidung, Auftreten und Formen des Zusammenlebens. In Gesellschaften, in denen 'Zwischenformen' vorzufinden und akzeptiert sind, wird damit aber nicht unbedingt eine biologische Zweigeschlechtlichkeit abgelehnt. Offen bleibt, inwiefern verschiedene Geschlechterformen als das Besondere eine allgemein gültige Unterscheidung zweier Geschlechter bestätigen. Es ist durchaus eine feministische Denktradition und keine queere Neuheit, Geschlecht als gesellschaftliche Konstruktion zu begreifen. Im feministischen Denken wird allerdings etwa bis Ende der 80er Jahre analytisch getrennt zwischen biologischem Geschlecht = sex und sozialem Geschlecht = gender. Bestimmte auf eine zweigeschlechtliche Fortpflanzung bezogene körperliche Merkmale gelten als materielle Ausgangsbasis für Geschlechterdifferenzen und für ungleiche Geschlechterverhältnisse. Vor allem letztere werden angefochten. Nicht die anatomische Zweigeschlechtlichkeit wird grundsätzlich in Frage gestellt, sondern ihre soziale Ausgestaltung. Anfang der Neunzigerjahre stellen Queer-TheoretikerInnen in der Debatte darüber, was an Geschlecht Natur und was Kultur ist, fest: Hinter dem sozialen Geschlecht existiert kein biologisches Geschlecht, Geschlecht ist durch und durch eine Konstruktion. Geschlecht stellt immer wieder das her, wovon es spricht. Dieses Herstellen geschieht nicht absichtlich in einem einmaligen Akt, sondern durch „...die zwingende, ständige Wiederholung kultureller Konventionen am und durch den Körper" - so Judith Butler, US-amerikanische Professorin für Rhetorik und wohl die meist diskutierte Queer-Theoretikerin. Die gesellschaftliche Normalität ist bemüht, ein Ideal vor- und fortzuschreiben, nach dem das bei der Geburt zugewiesene Geschlecht, gelebter Geschlechtsausdruck und heterosexuelles Begehren sich auf scheinbar natürliche Weise ergänzen. Bei der zwingenden Wiederholung von Geschlecht und Sexualität passieren immer wieder unvorhersagbare Abweichungen vom Ideal. Diese Verfehlungen möchte Queer bewusst zur Geschlechts-Sabotage nutzen. Wenn offen gelegt wird, dass Geschlecht und Sexualität nichts Ursprüngliches sind, sondern immer nur Kopien von Kopien, so Butler, dann wird Heterosexualität zur „fortgesetzten Parodie ihrer selbst". Heterosexualität als fortgesetzte Parodie ihrer selbst wahrzunehmen, birgt aber die Gefahr, über frauenfeindliche Herrschafts-und Gewaltstrukturen hinwegzusehen. Im klassisch-feministischen Denken sind Geschlechter-verhältnisse und die Kategorie Geschlecht zentral. Die männlich dominierten Geschlechter-funktioniert. Lesbischer Feminismus als Widerstand gegen Zwangs-heterosexualität ist für queere TheoretikerInnen eine „unmögliche Phantasie". Im postmodernen Denken gibt es keinen Widerstand außerhalb der Macht. Macht durchdringt alles, auch die Positionen, aus denen sie kritisiert und bekämpft wird.



Uneindeutige Identitäten

Im queeren Verständnis ist Widerstand möglich durch Strategien der Vervielfältigung und Verun-eindeutigung von sexuellen und geschlechtlichen Identitäten. Vieles gleichzeitig sein zu können, geschlechtliche und sexuelle Identitätsgrenzen zu überschreiten ist ein queeres Prinzip. Identitäten sollen als Orte der Umdeutung und der ständigen politischen Neuverhandlung uneindeutig, offen, provisorisch bleiben. So soll auch lesbische Identität verunsichert werden, um Normen aufzubrechen und um durch ein kollektives „Wir Lesben" bewirkte Ausschlüsse zu vermeiden. Ich möchte hier nicht ausführlich auf die zum Teil mit absoluten Wahrheitsansprüchen auftretende queere Kritik insbe-sondere am lesbischen Feminismus eingehen - nur was mir in aller Kürze erwähnenswert erscheint: Feminismus bzw. lesbischer Feminismus, wie ich ihn kenne, versteht sich nicht als Minderheitenpolitik, als Lobby- und Privilegien erweiternde Politik für eine bestimmte soziale Gruppe. Identitätspolitik im Sinne einer Interessenspolitik von und für 'Betroffene' ist bereits vor der queeren Wende in feministischen und antirassistischen Zusammenhängen problematisiert worden. Politisches Identitätsbewusstsein als kollektives Widerstandsbewusst-sein entstand aus gemeinsamem Handeln und wurde nicht - jedenfalls nicht ausschließlich - als Voraussetzung gemeinsamen Handelns begriffen. Eine Politik der Differenzen als andere Seite von Konzept der Mehr-fachidentitäten in den feministischen Rassismusdebatten der Achtzigerjahre. Queere Theorie und Sexualpolitik treibt die Auseinander-setzungen über Unterschiede allerdings weiter - über Vielfalt und Vervielfältigung zur Veruneindeutigung von Identitäten.

Das sexuelle und geschlechtliche Kontinuum reicht von spielerischen, weniger fixierten Formen suberversiver Geschlechterparodie bis zu dauerhaften Geschlechtstransformationen und will alle einschließen, die Geschlechtergrenzen überschreiten. Es ist schwierig, eine Kritik an queerer Vervielfältigung und Veruneindeutigung für verschiedene Queer-Richtungen durch zu deklinieren. Trotzdem wage ich einige kritische Grundgedanken: Sieht Queer vor lauter Identitäts-De- und -Rekonstruktionen die Verhältnisse nicht mehr? Ökonomische, soziale, politische Verhältnisse, die immer noch (immer mehr?) in verschiedener Weise von Männerherrschaft bestimmt sind? Trotz (oder wegen?) aller Identitätskritik bildet Queer eine, wenn auch vage, neue Identität aus - mit dem Bezugspunkt Abweichung von der Normalität. Insbesondere sexuelle Abweichung dient als Fundament einer queeren Identität, welche die Zugehörigkeit zur queeren „family" festlegt. Wobei bestimmte abweichende Sexualitäten übrigens durchaus frauenfeindlich und rassistisch sein können. Queer, vor allem als kommerziell-kulturelle Vielfalt, wie sie beispielsweise gerne auf CSDs, den lesbsich-schwulen Straßenumzügen, gefeiert wird, passt sich in den neoliberalistischen Zeitgeist ein - ein Einwand, der oft auch queer-selbstkritisch geltend gemacht wird. Gerade das definitiv Nicht-definierbare von queer lässt sich vielfältig vermarkten.

Queer als Bewegung für alle Ausgegrenzten und alle, die sich Identitäten selbst schaffen möchten,tendiert zu Verallgemeinerungen und Vereinheitlichungen. Unter dem Dachbegriff queer sind wir alle irgendwie queer; wir sind alle alles - und haben unsere politische Unterscheidungsfähigkeit verloren. Eine mehr oder weniger bewusste Ungewissheit über Identität ermöglicht vielleicht neue Offenheit und Bündnisstrategien, kann aber auch zu einer politischen Unentschiedenheit führen. Z.B die Frage: Was ist eine Lesbe? und weiterführend: Bin ich eine Lesbe? Bin ich eine Frau? Was ist eine Frau? Ich fürchte, Uneindeutigkeit führt in einer Gesellschaft, in der Individualismus nicht nur als Lifestyle gefördert wird, zur Beliebigkeit - sie verdeckt Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse anstatt sie aufzudecken. Lesben bewegen sich oftmals im Dazwischen - zwischen „Nirgendwo und überall", zwischen heterosexuellen Frauen und schwulen Männern, zwischen weiblichen und männlichen Geschlechtszuschreibungen, zwischen Anpassung und Auflehnung ... zwischen feministisch und queer ... Sich in verschiedenen Zwischen-Räumen zu bewegen, erfordert politisches Unterscheiden und Entscheiden. Als lesbische Feministin mit queer-kritischem Interesse suche ich in erster Linie nach Entscheidungen für und mit Frauen. Ein Anliegen ist es mir, in frauenfeindlichen Verhältnissen Frauen, ihre Positionen und Perspektiven zu stärken. Das schließt eine radikale Kritik an Weiblichkeit und Männlichkeit ein.

Wenn Frauen Macht im Sinne gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit erlangen - und wenn sie das als Frauen tun (und nicht als Männer), so setzt das, so hoffe ich beharrlich, Verhältnisse in Bewegung.

Lena Laps

Literatur: BUTLER, Judith: Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt/M. 1991 DIES.: Ort der politischen Neuverhandlung - der Feminismus braucht die Frauen, aber er muss nicht wissen "wer" sie sind, in d. FrankfurterRundschau. vom 27.71994, DIES.: Körper von Gewicht - die diskursiven Grenzen des Geschlechts, Berlin 1995, RICH, Adrienne: Zwangsheterosexualität und lesbische Existenz, in: Schulz, D. (Hg.): Macht und Sinnlichkeit - Ausgewählte Texte von Audre Lorde und Adrienne Rich, Berlin 1986, SCHWARZER, Alice: Der "Kleine Unterschied" und sein großen Folgen - Frauen über sich - Beginn einer Befreiung, Frankfurt/M. 1975

Diesen Artikel haben wir in den „Rosigen Zeiten" gefunden. Trotz Kritik aus unseren eigenen Reihen veröffentlichen wir ihn nun hier, in der Hoffnung, dass die durch Beiträge zur FrauenLesbenDisco ausgelöste Debatte fortgesetzt wird.

die redax.

♀-Band-Event*

* nicht nur für Frauen

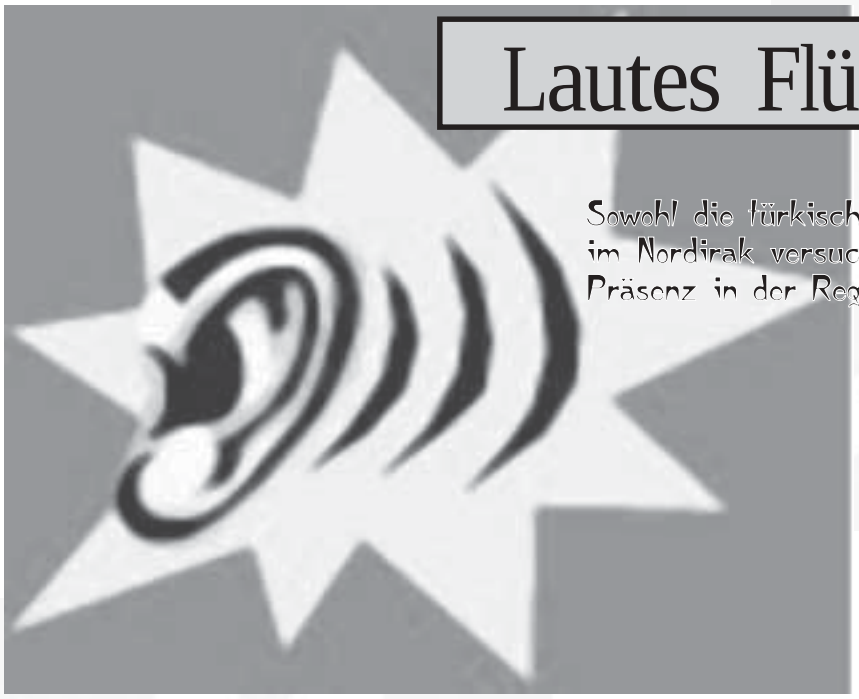
Weibrations (OL)
Fun(k)Pop

Venus Envy (HB)
Indierock In Indierock

HORNissen (HL)
6-fach Gebläse

Freitag, 03.10.03

im **Alhambra**
Hermannstraße 83 in Oldenburg
um **21 Uhr** gehts los (Einlass 20 Uhr)
3 Euro Eintritt



Lautes Flüstern

Sowohl die türkische Regierung als auch die Kurden im Nordirak versuchen, von der US-amerikanischen Präsenz in der Region zu profitieren.

aus der Jungle-World vom 30.Juli 2003.

Anmerkung der Redaktion: Auch hierbei handelt es sich um einen Artikel, den einige Redaktionsmitglieder lesenswert fanden. Dabei bleibt anzumerken, dass uns die Wortwahl an manchen Stellen negativ aufgefallen ist. So zum Beispiel die undifferenzierte Einteilung in „die Kurden“ und „die Türken“, wo eine konkrete Bennenung der gemeinten Gruppen/Organisationen wünschenswert gewesen wäre. Trotzdem wollten wir das ganze abdrucken, da die Autorin einen ganz guten Überblick über die bestehenden Interessensgruppen gibt. Mit allen Einschränkungen also: viel Spass beim Lesen... eure Redax.

Sowohl die türkische Regierung als auch die Kurden im Nordirak versuchen, von der US-amerikanischen Präsenz in der Region zu profitieren. von Sabineküper istanbul

Eine Präsenz der türkischen Armee im Nordirak wünscht sich außerhalb der Türkei zurzeit wohl nur die irakische Turkmenenfront. Seit Gründung der autonomen Zone »Irakisch-Kurdistan« 1991 beschwert sich die politische Vertretung der turkmenischen Minderheit über Diskriminierungen durch die kurdische Regionalregierung und ruft die Türkei um Hilfe an.

Das türkische Presseministerium räumte bezeichnenderweise vor dem Staatsbesuch des türkischen Außenministers Abdullah Gül in Washington vergangene Woche in seinem Presseverteiler dem turkmenischen Vertreter im irakischen Regierungsrat, Omer Cabuk, großen Raum ein. Cabuk äußerte im Sinne der politischen Linie der Turkmenenfront, dass sich die Anwesenheit türkischer Truppen stabilitätsförderndauf die Region auswirken würde. Für den Nordirak kann man dies als kompletten

Unsinn bezeichnen, denn bereits vor dem Krieg hatten beide Kurdenführer sich einen Einmarsch des Nachbarn ausdrücklich verbeten. Mesut Barzani wurde sogar mit den Worten zitiert: »Kurdistan wird das Grab jedes türkischen Soldaten sein.« Er dementierte dies zwar später, das Zitat gab aber sicherlich seine eigenen Wunschvorstellungen wieder.

Die Erstürmung eines Büros des türkischen Militärgeheimdienstes in Süleymania An fang Juli ist mit größter Wahrscheinlichkeit auf Einflüsterungen des kurdischen Geheimdienstes zurückzuführen. Amerikanische Spezialeinheiten nahmen die überrumpelten Insassen, Zivilisten wie Soldaten, fest, nachdem die Türken sie, in der Annahme, es handle sich um Verbündete, zum Tee hereingebeten hatten.

Begründet wurde die Operation später aus Washington mit Informationen, die Türken hätten ein Attentat auf den kurdischen Gouverneur von Kirkuk geplant.

Obwohl das den Türken durchaus zuzutrauen wäre, passt diese »Information« zur momentanen Politik der Kurden, regionale Konflikte mit Hilfe der Amerikaner unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung zu lösen.

Schon im vergangenen Jahr wurde der größte regionale Gegner, die islamistische Gruppe Ansar al-Islam (Kämpfer für den Islam), als verlängerter Arm der al-Qaida dargestellt, um die Kriegsstimmung gegen den verhassten Saddam Hussein anzuheizen und gleichzeitig die Islamisten loszuwerden. Im New Yorker erschien zum ersten Mal im März 2002 eine Story über »al-Qaida im Nordirak«.

Weitergeführt wurde die Geschichte später durch das Video über die Vergasung eines Hundes, das CNN-Reporter plötzlich in Afghanistan entdeckten. Das führte dann, zusammen mit den Aussagen des kurdischen Geheimdienstes, im Nordirak bauten die Islamisten ebenfalls an chemischen Waffen, zu der Mär, die Außenminister Colin Powell im Januar dem UN-Sicherheitsrat als eine der Begründungen für die Berechtigung des Krieges vorlegte. Im April war es dann geschafft. Mit B 52-Bombern und schwerem Geschütz stürmten amerikanische Spezialeinheiten zusammen mit 8 000 bis 10 000 Angehörigen der Peshmerga, der ehemaligen kurdischen Guerilla und heutigen Armee der Kurden, das Areal der etwa 700 bis 1 000 Mann starken islamistischen Truppe, die nach Angaben der amerikanischen Offiziere »neutralisiert« wurde. Gefangene gab es nicht, chemische Waffenlabore wurden

auch nicht gefunden.
Nun gilt es, die schon seit 1994 existierende türkische Militärpräsenz in der Region zu beenden. Nichts haben die Kurden mehr bereut, als zur Beendigung der eigenen, Jahre andauernden, kriegerischen Auseinandersetztung zwischen der vom Barzani-Clan dominierten Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) und der vom Talabani-Clan geführten Patriotischen Union Kurdistans (PUK), ausgerechnet die Türken einzubeziehen.
International kaum beachtet, gab es schon seit 1996 zwei Stützpunkte des türkischen Militärs im Nordirak, das sich süffisant als »Friedenstruppe« deklarierte. Im Zuge der Operationen gegen die in der Türkei aktive, aber lange im Nordirak lagernde PKK marschierte die türkische Armee danach immer wieder über die Grenze zum Nordirak und drohte mehrfach, eine Pufferzone aufzubauen.
Nun existiert die PKK seit der Gefangennahme und Verurteilung ihres Führers Abdullah Öcalan 1999 nicht mehr.
Sie hat sich in eine Bewegung verwandelt, die den Personenkult um den mit seiner Festnahme sogar zum Atatürk-Fan und Friedensengel mutierten Öcalan als einziges Relikt der einst als Nationalbewegung deklarierten Organisation beibehalten hat. Ein versprengtes Grüppchen um Öcalans Bruder Osman und um CelalBayir, beide ehemalige Kommandanten des militärischen Arms der PKK, pendelt zwischen den irakischen und iranischen Bergen hin und her. Das nach einem Gerücht der nordirakischen kurdischen Parteien für den kurdischen Gouverneur von Kirkuk bestimmte Attentat fand in der Realität als fehlgeschlagener Attentatsversuch auf Celal Bayir etwa zur gleichen Zeit statt.
Nun gilt es genau hinzuhören, wer was wann und warum sagt. Die Türkei benutzt seit Jahren zwei Argumente, um die eigene politische Präsenz in der Region zu rechtfertigen. Erstens sind da die Turkmenen, die, ähnlich wie die türkisch-zypriotische Minderheit auf Zypern, als unterdrückte, ethnisch verwandte und zu schützende Volksgruppe fungieren, um die eigene militärische Präsenz in der Region zu rechtfertigen. Zweitens wird die PKK als Bedrohung für die Innere Sicherheit der Türkei stilisiert. Sofort nach dem 11. September 2001 hob man den Zeigefinger nach dem Motto, »nun seht ihr, was Terror ist«, und zog mit Freuden nach Afghanistan, um zu zeigen, wie viel Erfahrung man im Anti-Guerilla-Kampf hat.
Letzteres können die nach Verbündeten suchenden USA nicht ignorieren, gleichzeitig hat die in der Vergangenheit immer zu allem wie der brave Zinnsoldat stramm stehende Türkei mit der Ablehnung der Präsenz amerikanischen Militärs auf türkischem Boden die Regierung Bush zutiefst verärgert. Der amerikanische Präsident hätte es sich wohl nie träumen las sen, dass es die türkische Regierung wa gen würde, ein klares Nein an seine Regierung zu richten.
Die Erklärung der Amerikaner, sie würden die PKK aus dem Irak verscheuchen, ist also vor allem als erster Schritt zur Beseitigung der Argumente für eine türkische Präsenz zu sehen.
Der gleichzeitige Aufruf an die Türkei, sich an der Friedenstruppe im Irak zu beteiligen, ist sicher nicht als eine Aufforderung zu einem Einsatz im Nordirak gemeint. Nichts täten die Amerikaner lieber, als die Türken nach Bagdad oder in eines der schiitischen Zentren zu schicken. Schon jetzt arbeiten sie am Aufbau eines militärischen und geheimdienstlichen Stützpunktes bei Mossul, der den im türkischen Adana ersetzen soll.

Die Kurden finden das jetzt noch klasse, denn ihre eigene Position wird vor allem gegenüber der Türkei gestärkt.
Das die amerikanische Präsenz sich allerdings auch in ihrer bislang autonomen Region zur Statthalterschaft entwickeln kann, beginnen sie langsam zu merken. US-General David Petreus rechtfertigte die Übernahme der Leitung des Fernsehkanals in Mossul durch Amerikaner unlängst damit, Zensur sei gerechtfertigt, um Nachrichten zu unterbinden, die den Frieden der Region stören. Das ist exakt die Argumentation, die die Türkei in ihrer Unterdrückung von allem, was als kurdisch definiert wird, jahrzehntelang benutzt hat und teilweise noch benutzt.

Sabine Küper, Istanbul

Zapatistas bauen indigene Autonomie aus

In Chiapas werden künftig die „Räte der guten Regierung“ die autonomen Regionen im Einflussbereich der zapatistischen Aufstandsbewegung EZLN verwalten. Kritische Töne über die „sociedad civil“ und die NGO’s sind zu hören, eigene Unzulänglichkeiten werden benannt, neue Strukturen sollen Abhilfe schaffen. Damit stärken die Zapatistas in einem von Politikverdrossenheit geprägten Land ihre Strategie des Widerstandes und erneuern kurz vor dem WTO-Treffen in Cancún die Vernetzung mit mexikanischen Basisbewegungen.

Indigene Autonomie und der Paternalismus der „Zivilgesellschaft“

„Für uns ist Autonomie keine Fragmentierung des Landes oder Separatismus, sondern die Ausübung des Rechtes uns selbst zu regieren“, schreibt Subcomandante Marcos, der temporär zum Sprecher von 30 autonomen Bezirken ernannt wurde. Diese Bezirke setzen sich aus jeweils mehreren Dutzenden Gemeinden zusammen, welche meistens in Zapatistas und regierungsfreundliche DorfbewohnerInnen gespalten sind. In jeder der fünf Regionen mit zapatistischer Präsenz sind so zehntausende Zapatistas organisiert. Diese indigene Autonomie muss nicht nur ohne Zuschüsse seitens des Staates auskommen, sondern ist oft Ziel der Repression und der Aufstandsbekämpfung. Doch offensichtlich gelang es den rebellischen Gemeinden, trotz dem „Krieg niederer Intensität“, ihre Organisationsformen zu stärken.

Am 9. August wurden in Oventik in einer „mega-fiesta“ mit zwanzigtausen Anwesenden die fünf „Aguascalientes“ für „tot“ erklärt. Diese Aguascalientes bildeten nicht nur die Schnittstelle zwischen Zapatisten und der nationalen wie internationalen Zivilgesellschaft, sie waren außerdem die politische, kulturelle, edukative und medizinische Infrastruktur der Autonomiebewegung.
Neu sind jetzt die „Caracoles“ - der Sitz der regionalen „Räte der guten Regierung“ . Diese Räte werden gebildet aus je zwei Autoridades (Mandatsträgerinnen) der Landkreise. Die Namensänderung der regionalen Zentren des Aufstandsgebietes hat mehr als symbolischen Charakter: Es soll ein Schlussstrich gezogen werden unter den Paternalimus, mit welchem viele NGO’s und sogenannte „Zivilgesellschaft“ ihre Hilfe und ihre Projekte einzelnen Gemeinden aufdrängten. So waren die „Aguascalientes“ zwar ein Raum, der nötig war, „um von dieser Pluralität, die wir „Zivilgesellschaft“ nennen, zu lernen, um zuzuhören und mit ihr zu sprechen.“ Doch die Erwartung, dass diese sogenannten Zivilgesellschaft in gegenseitigem Respekt auftrete, wurde enttäuscht: „Für uns ist Mitleid eine Kränkung und die Almosen sind ein Schlag ins Gesicht.“ Marcos bezeichnet den Paternalismus als Aschenputtelsyndrom. Die chiapanekischen Indígenas wurden in den mildtätigen Augen der Zivilgesellschaft zu Cinderellas und überhäuft mit „nutzlosen Computern, Medikamenten mit ausgelaufenem Verfallsdatum, (für uns) extravagante Kleidung, die nicht mal für Theaterspiele benutzt werden konnten, und, ja, Schuhe ohne Gegenstück“.

Doch auch eine „komplexere Art von Mildtätigkeit“ wird praktiziert: NGO’s implementieren Projekte, ohne die Gemeinden nach ihren Prioritäten zu fragen: „Stellt Euch die Verzweiflung einer Gemeinde vor, die Trinkwasser braucht und der eine Bibliothek aufgedrängt wird.“ Da dieses Mitleid, welches die Zapatistas schon früh als Respektlosigkeit denunzierten, weiter praktiziert wird und Neid unter Gemeinden und Bezirken sät, müssen nun alle Projekte und alle zapatistischen Kooperativen über die Struktur des regionalen Rates laufen. Es werden keine Spenden an einzelne Gemeinden oder Bezirke mehr toleriert. Nur der regionale „Rat der guten Regierung“ entscheidet, wohin die Unterstützung fliesst. Eine Steuer von 10 % namens „impuesto hermano“ wird von jeder Projektfinanzierung abgezogen, um damit andere, nicht von dem Projekt begünstigte Gemeinden zu unterstützen. Die internen Ungleichgewichte sollen somit eingedämmt werden.

Mit dem „Rat der guten Regierung“ wird auch eine Anlaufstelle geschaffen, welche die zapatistischen Personen, Gemeinden und Kooperativen gegenüber BesucherInnen akkreditiert: „Auf diese Weise soll verhindert werden, dass sich Personen als Zapatisten auszugeben, die es nicht sind, oder sogar anti-zapatistisch sind (wie dies bei einigen biologischen Kaffeekooperativen der Fall ist).“ Damit sind einige grössere Kooperativen angesprochen, welche sich in der Vergangenheit mit falschen Federn schmückten. Dass Kaffee-Kooperativen, Projektgelder und Spenden so prominent erwähnt werden, ist nicht nur ein Indiz dafür, dass hier offensichtlich grosser Handlungsbedarf bestand, sondern auch, dass die Schaffung einer ökonomischen Basis für die Autonomiebewegung von vitalem Interesse ist. Die Zapatistas sehen die Gefahr der Zersplitterung aufgrund der Mittel und geben nun den Projekte betreuenden oder mit Kooperativen Handel treibenden Solidaritätsgruppen und NGO’s klar den Tarif an: Nehmt nicht ein Dorf oder eine Kooperative unter eure

Fittiche, respektiert unsere regionalen autonomen Strukturen.

Indigene Rechtssprechung, zapastistische Schulen, Gesundheitsposten, Radios

Ein anderer Bereich der indigenen Autonomie, der stark betont wird, ist die Rechtssprechung: Die Führer der Paramilitärs werden nun erstmals von den Zapatistas klar verwarnt, sie könnten nicht mehr mit Straffreiheit rechnen. Auch wird darauf hingewiesen, dass Menschenrechtsverletzungen seitens der Zapatistas in Zukunft bei den „Räten der Guten Regierung" angezeigt werden können. Die lokalen zapatistischen „Friedensrichter" geniessen einen guten Ruf, teilweise gelangen sogar Leute von der Regierungsseite mit Problemen an sie, denn: „Sie kümmern sich um das Problem und lösen es".

Die autonomen Räte sollen sich auch um Schulbildung und Gesundheitsfürsorge, um Land-, Wohn- und Ernährungsfragen kümmern. Im Bereich von Kultur und Information werden neuerdings Nachrichten in den indigenen Sprachen durch die zapatistische Radiostation „Radio Insurgente" übertragen. So wurde ausführlich über den Irak-Krieg informiert und „regelmäßig werden, in Abwechslung mit Musik aller Art, Botschaften gesendet, die empfehlen, dass Männer Frauen respektieren, und die Frauen aufrufen, sich zu organisieren und Respekt für ihre Rechte einzufordern". Wobei auch der Macho Subcomandante Marcos betonen muss, dass „die „Revolutionären Frauengesetze" noch einen langen Weg vor sich bis zu ihrer völligen Umsetzung haben". In den ersten Tage Sendebetrieb als internationaler Kurzwellensender wurde das Rebellenradio durch Interferenzen der mexikanischen Regierung massiv gestört.

Die Guerilla und zivile Basisstrukturen

Mehrmals spricht Subcomandante Marcos das Verhältnis von militärischer und ziviler Struktur an, von Guerilla und politischer

Autonomie: „Diese Form der Selbstregierung (...) ist nicht eine Erfindung oder ein Beitrag der EZLN. Sie kommt aus viel älteren Zeiten. Mit dem rapiden Wachstum der EZLN breitete sich diese Praxis von der kommunalen auf die regionale Ebene aus „wobei die EZLN sah, dass jene, die ihren Pflichten nicht nachkamen, naturgemäß durch andere ersetzt wurden. Obwohl hierbei, da es sich um eine politisch-militärische Organisation handelt, das Kommando die endgültige Entscheidung traf." Somit hat in den Worten des Sprechers der EZLN „die Militärstruktur der EZLN gewisserweise eine Tradition von Demokratie und Selbstregierung „kontaminiert". Die EZLN war gewissermaßen eines der „undemokratischen" Elemente in einer Beziehung der direkten Gemeindedemokratie." Als dann die autonomen Bezirke ihre Arbeit aufnahmen, „bewegte sich die Selbstregierung nicht nur von lokaler zur regionaler Ebene, sie erhob sich auch aus dem „Schatten" der Militärstruktur. Die EZLN interveniert überhaupt nicht bei der Ernennung oder Absetzung autonomer Autoritäten, und hat sich damit begnügt darauf hinzuweisen, dass die EZLN aus Prinzip nicht für die Machtergreifung kämpft, dass kein Angehöriger des Militärkommando oder Mitglied des Geheimen Revolutionären Indigenen Komitees eine Autoritätsstellung in den Gemeinden oder Autonome Bezirke einnehmen kann."

Doch die Kommandantur der EZLN, das CCRI (Geheimes Revolutionäres Indigenes Komitee) „wird in jeder Region die Aktivitäten der „Räte der Guten Regierung" beaufsichtigen, um Akte der Korruption, Intoleranz, Ungerechtigkeit und Abweichungen vom zapatistischen Prinzip des „gehorchend Regierens" zu vermeiden." So gesehen sind die „comandantes" dann doch die Kontrollinstanz der zivilen Regierungen.

Die Bedeutung der „Caracoles" (Meeresschnecken)

Das Bild der Schnecke verdeutlicht die neuen zapatistischen Bemühungen, eine Autonome Selbstverwalltung des gehorchenden Befehlens zu verwirklichen. Durch den Eingang in das Schneckenhaus, der die Tür zu einer kollektiven Entscheidungsfindung darstellt und die Spirale des politischen Diskurses sollen alle Stimmen gehört werden, um schließlich im Zentrum zu einem Konsens zusammenzukommen. Umgekehrt werden getroffene Beschlüsse durch die Spirale des Schneckenhauses wieder in die Welt getragen. Comandante David unterstrich, dass die „Caracoles" für alle Menschen der Welt zugänglich sind, wobei er hervorhob, dass nicht zapatistische Indigenas, die im rebellischen Gebiet leben, nicht von ihnen ausgeschlossen werden.

Zusammengeschnitten von: Gruppe Basta Oldenburg (basta-oldenburg@web.de)

800 Millionen Mark für einen Bürgerkrieg

Diesen Text fanden einige Leute aus der redax recht interessant, deshalb seht ihr ihn jetzt vor euch. Wie das bei geheimdienstlichen Informationen so ist, sind sie allerdings sehr schwer nachzuprüfen. Und es ist auch klar, daß Duhacek nur das erzählt, was er für sinvoll und ihm nützlich erscheint. Aber was er sagt klingt nun auch wieder nicht sooo unwahrscheinlich. Wer andere, Informationen zu dem Thema hat, kann sich ja bei uns melden. In diesem Sinne:
Interesting if true.
eure redax

Jürgen Elsässer 14.08.2003 telepolis

> Titos Geheimdienstchef Antun Duhacek erzählt, wie der BND Jugoslawien zerstört hat
Anfang Februar haben die Parlamente in Belgrad und Podgorica auf Druck der EU beschlossen, die Bundesrepublik Jugoslawien formell aufzulösen und durch eine lose Föderation Serbien und Montenegro zu ersetzen - Spötter bezeichnen das Gebilde als Solanien. Mittlerweile hat Solanien auch den Cyberspace erreicht: Statt der Länderendung .yu werden Serben und Montenegriner künftig nur noch Adressen mit .cs bekommen (für Crna Gora/Montenegro und Serbien).

>Duhacek: Jetzt haben sie es endlich geschafft, Jugoslawien von der Landkarte zu tilgen, und am Schluss wird man es nicht einmal mehr im Internet finden.
> Wen meinen Sie mit sie?

>Duhacek: Deutschland versuchte es schon seit langem, spätestens Ende der achtziger Jahre ging es in die entscheidende Phase. Dabei wurde die Bonner Regierung von Österreich, Italien und dem Vatikan unterstützt. Der Bundesnachrichtendienst (BND) koordinierte die Unterstützung für die Teilrepubliken Kroatien und Slowenien, die sich von Jugoslawien trennen wollten.
> Welche geheimdienstlichen Erkenntnisse haben Sie darüber?

>Duhacek: Der BND übernahm Ende der 80er Jahre die direkte operative Führung des kroatischen Auslandsgeheimdienstes - der war de jure noch Teil des gesamtjugoslawischen Dienstes UDBA, de fakto schon seit den frühen siebziger Jahren praktisch ohne Belgrader Kontrolle. Bei einem persönlichen Treffen zwischen Bundesaußenminister Genscher und dem kroatischen Geheimdienstchef Josip Manolic im Februar 1990, im Vorfeld der Wahlen im - damals noch zu Jugoslawien gehörenden - Kroatien, hat Genscher 800 Millionen Mark versprochen. Manolic wollte das Geld gleich in bar mitnehmen, der spätere Präsident Franjo Tudjman und sein damaliger Mitstreiter (und heutige Präsident) Stipe Mesic warteten dringend darauf. Schließlich floss das Geld erst kurz nach den Wahlen im März 1990. Leute des BND übergaben die 800 Millionen Mark in Zagreb, Cash.
> Das muss ein ziemlich schwerer Koffer gewesen sein.

>Duhacek: Die Deutschen haben ja auch eine Gegenleistung dafür bekommen. Manolic hatte im Februar 1990 mit dem BND ein sehr weit reichendes Geheimabkommen geschlossen. Es umfasste im wesentlichen drei Punkte: 1) Zusammenarbeit des von ihm kontrollierten kroatischen Dienstes mit dem BND im Vorgehen gegen Jugoslawien und Serbien. 2) Der BND stellt seinen kroatischen Partnern alle Aufklärungsergebnisse zur Verfügung, die er und befreundete Nato-Dienste in und über Jugoslawien sammeln, zum Beispiel über die Situation in der Jugoslawischen Armee, ihre Truppenbewegungen und so weiter. Das sollte bei den bald beginnenden militärischen Auseinandersetzungen ein großer Vorteil für Zagreb werden. 3) Manolic unterstellt einen Teil seiner Informanten und informellen Mitarbeiter, zum Beispiel in Belgrad, direkt dem BND.

> Erich Schmidt-Eenboom nimmt in Der Schattenkrieger, seinem Buch über die BND-Aktivitäten von Klaus Kinkel, an vielen Stellen auf Sie Bezug. Bei ihm heißt es aber, dass schon "unmittelbar vor dem Tode Titos" in Zagreb "alle Entscheidungen in strategischen Fragen nur noch in Absprache ... mit BND-Instanzen und Ustascha-Repräsentanten getroffen werden". Das war zu Beginn der 80er Jahre.

>Duhacek: Das waren enge Kontakte, aber sie mussten noch verdeckt abgewickelt werden. Die heiße Phase beginnt erst Ende der achtziger Jahre, als aus dem Apparat, den Manolic und sein Ziehvater Ivan Krajacic im Verborgenen aufgebaut haben, der offizielle Geheimdienst des neuen kroatischen Staates wird. Ab ungefähr Mai 1990 funktioniert dieser Geheimdienst wie ein Anhängsel des BND. Die deutsche Seite verlangte für ihre Leistungen eine totale Unterordnung des kroatischen Dienstes, und das hat sie bekommen. Zum Beispiel bestimmten die Deutschen, welche kroatischen Emigranten Pässe bekommen sollten.
Nach 1945 hatten ja viele faschistische Aktivisten der Ustascha-Bewegung das Land verlassen müssen und dann in der ganzen Welt verstreut gelebt. Der BND legte 1990 fest, welche dieser extremistischen Kader mit Pässen ausgestattet wurden, damit sie zurückkommen konnten. Diese zurückgekehrten Ustaschen haben sich dann in die Regierung des neuen kroatischen Staates eingekauft, 300.000 Mark kostete etwa der Posten eines Ministerialbeamten. Präsident Tudjman setzte voll auf diese Leute.
Tudjmans enge Verbindungen zum BND

einerseits, zu alten Ustascha-Faschisten andererseits verdichten sich in der Person von Ernest Bauer. Der Jugoslawe "volksdeutscher" Herkunft war während des Zweiten Weltkrieges Oberst des Ustascha-Geheimdienstes UNS, wurde danach vom BND-Chef Reinhard Gehlen übernommen, reaktivierte für diesen sein Agentennetz in Zagreb und führt es bis Anfang der neunziger Jahre. Als Tudjman 1990 seine nastionalistisch-kroatische Partei HDZ gründete, mit der er den Sezessionsstaat fast die gesamten neunziger Jahre regieren sollte, residiert er während der gesamten vier Tage des Gründungskongresses bei Bauer. Nachdem Tudjman Präsident geworden ist, macht er den hochbetagten Geheimdienst-Mann zu seinem Sonderbeauftragten im Bundespresseamt in Bonn.

Es gibt noch bessere Beispiele für die Macht des BND über seine kroatischen Partner. Zum Beispiel verlangte der BND 1993/94 eine Säuberung des kroatischen Dienstes. Alle Leute, die aus einer Partisanentradition stammen, mussten gehen. Dazu muss man wissen, dass das gesamte Tudjman-Projekt, der neue kroatische Staat und alle seine Institutionen, zunächst einen Kompromisscharakter trugen. Der kroatische Nationalismus und die Feindschaft gegen Jugoslawien war der gemeinsame Nenner; auf dieser Plattform trafen sich die Kräfte, die sich während des 2. Weltkrieges noch bekämpft hatten, nämlich Nationalkommunisten und Ustascha-Faschisten. Nun verlangte der BND, daß erstere hinausgesäubert werden. Deswegen wurde Josip Manolic in den Geheimdienststrukturen entmachtet, und Stipe Mesic verließ mit ihm und einigen anderen frustriert die Tudjman-Partei HDZ und gründete eine eigene.

> Das hat der BND verlangt?

>Duhacek: Tudjman hat es sogar zugegeben. 1994 schrieb er über seinen Bruch mit Manolic: "Als es zu einer solchen Situation mit Herrn Manolic kam, das muss ich dazu noch sagen - 1992, als wir formell anerkannt waren, aber noch keine wirklichen Freunde hatten -, kamen die Vertreter einer der Hauptmächte der Welt zu mir und sagten: Herr Präsident, Sie sind sich wahrscheinlich bewusst, dass Sie eine neue Verteidigungs- und Sicherheitsstruktur aufbauen müssen. Wir sind bereit, Ihnen dabei zu helfen, aber bitte ohne Joza Manolic. "

> Aber was sollte der BND gegen Manolic haben? Er war doch der Mann gewesen, der den Deutschen 1990 den kroatischen Dienst ausgeliefert hatte.

>Duhacek: Der BND misstraute den Leuten, die aus der Partisanentradition kamen, die hatten schließlich vier Jahre lang gegen die Deutschen gekämpft. Die erschienen ihm nicht sicher, jedenfalls nicht auf lange Sicht. Nehmen Sie etwa Manolic. Er ist Träger des Partisanenordens "Kämpfer des ersten Tages". Oder Mesic: Der hat zwar zugegeben, dass er 1991 Kontakte zum BND hatte - er war damals Vorsitzender des jugoslawischen Staatspräsidiums.

> Der BND half ihm dabei, in diesem Amt möglichst destruktiv zu sein.

>Duhacek: Sicher. Aber Mesic hatte im Zweiten Weltkrieg 16 Familienmitglieder verloren, von den Faschisten ermordet. Der war nicht zuverlässig, in den Augen der Deutschen.

> Aber aus dem Zitat Tudjmans geht nicht klar hervor, wer die Ablösung von Manolic verlangt hat. Er sagt nur "Vertreter einer der Hauptmächte der Welt". Könnten das nicht auch die US-Amerikaner gewesen sein, die, nachdem sie zunächst gegen die Anerkennung der Sezessionsstaaten gewesen waren, zu Beginn der Clinton-Präsidentschaft den Kurs wechselten und selber Einfluss in Zagreb bekommen wollten? Macht es nicht eher Sinn, dass sie es waren, die die Ablösung des prodeutschen Manolic verlangten?

>Duhacek: Nein, die US-Amerikaner hatten keinerlei Einfluss. Die Deutschen waren absolut dominant. Und als 1995 US-Militärberater die kroatische Offensive zur Eroberung der Krajina (und der Vertreibung ihrer serbischen Bevölkerung) dirigierten taten sie das auf Wunsch der Deutschen. Kohl und Genscher wollten sich nicht die Finger schmutzig machen, ein deutscher Militäreinsatz wäre damals innenpolitisch nicht populär gewesen. Aber die Deutschen haben die Waffen geliefert, vor allem Restbestände aus den ehemals sozialistischen Ländern Polen, Tschechoslowakei und DDR.

> Mittlerweile ist die Tudjman-Partei HDZ in Kroatien abgewählt, im Jahre 2000 wurde Mesic zum Präsidenten gewählt. Haben die Deutschen also ihren Einfluss verloren? Mesic müsste, nach allem was Sie geschildert haben, ziemlich sauer auf den BND sein.

>Duhacek: Man hat sich arrangiert. Mesic kann nicht ohne die Deutschen, und die Deutschen können nicht ohne ihn, zur Zeit jedenfalls. Tudjman ist tot, seine rechte Hand Gojko Susak, der erste Verteidigungsminister, ist ebenfalls tot. Und dass Mesic sich jetzt bemüht, einige der 300.000 vertriebenen Serben nach Kroatien zurückzuholen, ist auch für Deutschland als Hauptwirtschaftspartner sinnvoll: Gebiete wie die Krajina und Slawonien sind seit der ethnischen Säuberung durch die kroatischen Nationalisten wie entvölkert, so liegt ein Drittel des Landes wirtschaftlich brach.

> Mit Ihrem Wissen wären Sie ein wichtiger Zeuge im Haager Prozess gegen Milosevic.

>Duhacek: Wenn ich geladen werde, werde ich gehen - obwohl ich schon Morddrohungen bekommen habe, es nicht zu tun.

Zur Person: Antun Duhacek arbeitete seit 1950 für den jugoslawischen Geheimdienst UDBA und war von 1955 bis 1968 dessen Direktor. Von 1969 bis 1974 war er Abgeordneter im kroatischen Republiksparlament und u.a. Sprecher für Volksgruppenfragen. Von 1991 bis 1994 fungierte er im kroatischen und bosnischen Bürgerkrieg als Militärberater der Serben. Der gebürtige Kroate darf Kroatien nicht mehr betreten - die Regierung in Zagreb hat einen Steckbrief auf ihn ausgestellt - und lebt deswegen seit 1998 in Jugoslawien.

Nützliche Lügen

von IGNACIO RAMONET
aus der „Le monde diplomatique“ 7 `03

EIN jeder kennt die Geschichte des Diebes, der „Haltet den Dieb!“ ruft. Was meinen Sie, welchen Titel George Bush der berühmten Anklagerede gegen Saddam Hussein gab, die er am 12. September 2002 vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen hielt? „Ein Jahrzehnt der Lügen und der Widersetzlichkeit.“ Und was brachte er darin vor, angeblich auf „Beweise“ gestützt? Lauter Lügen. Der Irak, so behauptete er allen Ernstes, unterhalte enge Beziehungen zum Terrornetzwerk al-Qaida und bedrohe die Sicherheit der Vereinigten Staaten, weil er „Massenvernichtungswaffen“ besitze - ein Ausdruck, der Angst machen soll und von Bushs PR-Beratern gern benutzt worden war.

Drei Monate nach dem Sieg der US-Streitkräfte und ihrer britischen Hilfstruppen im Irak wissen wir, dass diese Behauptungen, deren Stichhaltigkeit wir schon früher angezweifelt hatten, falsch waren. Immer deutlicher zeigt sich, dass die US-Regierung die Informationen über die Massenvernichtungswaffen manipuliert hat. Die 1 400 Inspekteure der von General Dayton geleiteten Iraq Survey Group haben bis heute nicht einmal den Zipfel eines Beweises gefunden. Und wie langsam klar wird, hatte Bush schon damals, als er die Behauptungen aufstellte, von seinen Geheimdiensten Berichte erhalten, aus denen hervorging, dass all diese Beschuldigungen falsch waren, wie man der International Herald Tribune vom 14. Juni 2003 entnehmen kann. Jane Harman, kalifornische Abgeordnete der Demokraten im Repräsentantenhaus, spricht vom größten Täuschungsmanöver aller Zeiten. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte fragen die Vereinigten Staaten nach den wahren Gründen eines Krieges, der bereits beendet ist.

Eine zentrale Rolle bei dieser gewaltigen Manipulation spielte das Office of Special Plans. Wie Seymour M. Hersh am 6. Mai 2003 im New Yorker aufgedeckt hat,(1) war diese geheime Abteilung nach dem 11. September 2001 von Paul Wolfowitz, dem zweiten Mann im Pentagon, geschaffen worden. Unter der Leitung des überzeugten „Falken“ Abram Shulsky sollte diese Abteilung die Berichte der verschiedenen Geheimdienste (CIA, DIA, NSA) sammeln, auswerten und die Ergebnisse der Regierung vorlegen. Das Office of Special Plans verließ sich ganz auf die Berichte von Exilirakern, die dem (vom Pentagon finanzierten) Irakischen Nationalkongress und seinem zwielichtigen Präsidenten Ahmed Tschalabi nahe standen, und soll die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen wie auch die Verbindungen zwischen Saddam Hussein und al-Qaida eigens übertrieben haben.

Empört über diese Manipulationen, erklärte am 1. Mai eine unter der Bezeichnung Veteran Intelligence Professionals for Sanity auftretende Gruppe anonymer ehemaliger Mitarbeiter der CIA und des Außenministeriums in einer an Präsident Bush gerichteten Denkschrift, auch in der Vergangenheit seien schon Informationen „aus politischen Gründen gefälscht worden, aber noch nie so systematisch, um unsere gewählten Abgeordneten zu täuschen, damit sie einem Krieg zustimmen“.(2)

SELBST Colin Powell wurde manipuliert. Seither steht seine politische Zukunft in Frage. Es heißt, er habe sich in Bezug auf die Verbreitung höchst fragwürdiger Informationen dem Druck des Weißen Hauses und des Pentagons widersetzt. Vor seiner berühmten Rede am 5. Februar 2003 im Weltsicherheitsrat las Powell den Entwurf, den Lewis Libby, Stabschef des Vizepräsidenten Richard Cheney, verfasst hatte. Er enthielt derart zweifelhafte Informationen, dass Powell - laut International Herald Tribune vom 5. Juni 2003 einen Wutanfall bekam, die Blätter in die Luft warf und erklärte: „Das werde ich nicht vortragen. Das ist Sch ...“. Am Ende verlangte der Außenminister, dass CIA-Chef George Tenet am 5. Februar gut sichtbar hinter ihm saß und damit seinen Teil der Verantwortung für das Gesagte übernahm. In einem am 30. Mai in der Zeitschrift Vanity Fair veröffentlichten Interview gab Wolfowitz die Staatslüge zu. Er erklärte, man habe den Beschluss, die Bedrohung durch die Massenvernichtungswaffen zur Begründung des Präventivschlags gegen den Irak heranzuziehen, „aus bürokratischen Gründen“ gefasst. „Wir haben uns auf einen Punkt, nämlich die Massenvernichtungswaffen, geeinigt, weil dies das einzige Argument war, dem alle zustimmen konnten.“(3)

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat also gelogen. Auf der verzweifelten Suche nach einem Casus Belli, mit dem er die Vereinten Nationen umgehen und ein paar Verbündete (Großbritannien, Spanien) für sein Eroberungsprojekt finden konnte, zögerte Bush nicht, eine der größten Staatslügen der Geschichte zu fabrizieren.

Und damit stand er nicht allein. Vor dem Unterhaus in London erklärte sein Verbündeter, der britische Premierminister Blair, am 24. September 2002: „Der Irak besitzt chemische und biologische Waffen. [...] Seine Raketen sind binnen 45 Minuten einsatzbereit.“ Vor dem Weltsicherheitsrat erklärte Powell am 5. Februar 2003: „Saddam Hussein hat Forschungen an Dutzenden biologischen Erregern betrei-

ben lassen, die Krankheiten wie Milzbrand, Pest, Typhus, Cholera, Pocken und Gelbfieber auslösen können." Und im März 2003, kurz vor Ausbruch des Kriegs, erklärte Vizepräsident Cheney laut Time vom 1. Juni 2003: „Wir glauben, dass Saddam Hussein tatsächlich wieder Nuklearwaffen hergestellt hat." In einer Ansprache vor Journalisten am 8. Februar 2003 ging Präsident Bush nach einem Treffen mit Powell so weit, folgende Einzelheiten bekannt zu geben: „Der Irak hat al-Qaida Sprengstoffexperten und Fachleute für die Fälschung von Ausweispapieren zur Verfügung gestellt. Er hat al-Qaida im Gebrauch chemischer und biologischer Waffen unterwiesen. Ende der 1990er-Jahre hielt sich mehrfach ein Al-Qaida-Agent im Irak auf, um Bagdad bei der Beschaffung von Giften und Gasen zu helfen."

All diese Anschuldigungen wurden von kriegstreiberischen US-Medien wiedergekäut, sowohl von den großen Fernsehgesellschaften Fox News, CNN und MSCN als auch von der Radiokette Clear Channel (mit 1 225 Radiostationen in den USA) und selbst von angesehenen Tageszeitungen wie Washington Post und Wall Street Journal. In der ganzen Welt bildeten die erlogenen Behauptungen das Hauptargument für alle Kriegsbefürworter. In Frankreich zum Beispiel wurden sie von bekannten Inellektuellen(4)übernommen. Dasselbe gilt für Bushs Verbündete. Der eifrigste unter ihnen, der spanische Ministerpräsident Aznar, erklärte am 5. Februar 2003 vor dem spanischen Parlament: „Wir alle wissen, dass Saddam Hussein Massenvernichtungswaffen besitzt. [...] Wir wissen auch, dass er über chemische Waffen verfügt."(5)Einige Tage zuvor hatte Aznar eine Unterstützungserklärung für die Vereinigten Staaten verfasst, den „Brief der acht", den unter anderem Tony Blair, Silvio Berlusconi und Václav Havel unterzeichnet haben. Darin behaupten sie, „das irakische Regime und seine Massenvernichtungswaffen sind eine Bedrohung für die Sicherheit der ganzen Welt".

Um einen Präventivkrieg zu rechtfertigen, den weder die Vereinten Nationen noch die Weltöffentlichkeit wollten, verbreitete also ein von der doktrinären Sekte um Bush gesteuerter Propaganda- und Täuschungsapparat sechs Monate lang staatlich verordnete Lügen - und dies derart unverfroren, wie man es gewöhnlich nur von den verabscheuungswürdigsten Regimen dieses Jahrhunderts kennt.

Das Lügen aus Gründen der Staatsräson hat in der Geschichte der USA Tradition. Zu den finstersten Beispielen gehört die Zerstörung des amerikanischen Schlachtschiffs „Maine" in der Bucht von Havanna im Jahr 1898, die als Vorwand für die Kriegserklärung an Spanien und die Annexion Kubas, Puerto Ricos, der Philippinen und der Insel Guam diente.

Am Abend des 15. Februar 1898, gegen 21.40 Uhr, kam es auf der „Maine" zu einer heftigen Explosion. Das Schiff sank, und 260 Seeleute verloren ihr Leben. Sogleich beschuldigte die Presse in den Vereinigten Staaten die Spanier, unter dem Rumpf des Schiffs eine Mine angebracht zu haben; man bezeichnete die Spanier als Barbaren, bezichtigte sie, „Todeslager" zu unterhalten, und sogar der Menschenfresserei.

Zwei Pressezaren überboten sich damals mit Sensationsmeldungen: Joseph Pulitzer von der World und William Randolph Hearst vom New York Journal. Die Kampagne fand Unterstützung bei einigen amerikanischen Geschäftsleuten, die große Investitionen in Kuba getätigt hatten und davon träumten, die Spanier von dort zu vertreiben. Doch die Öffentlichkeit zeigte wenig Interesse. Die Journalisten ebenfalls nicht. Der vom New York Journal nach Havanna entsandte Zeichner Frederick Remington an seinen Chef in New York: „Hier gibt es keinen Krieg, ich bitte um Rückbeorderung." Hearst telegrafierte ihm: „Bleiben Sie! Liefern Sie mir die Zeichnungen, ich liefere Ihnen den Krieg." Hearst startete eine massive Kampagne, die Orson Welles in dem Film Citizen Cane (1941) nachgespielt hat.

Mehrere Wochen lang widmete Hearst dem Vorfall in seinen Zeitungen Tag für Tag mehrere Seiten, forderte Vergeltung und wiederholte unablässig: „Remember the Maine! To Hell with Spain". Alle übrigen Zeitungen folgten seinem Beispiel. Die Auflage des New York Journal stieg zunächst von 30 000 auf 400 000 Exemplare und lag in der Folge regelmäßig über einer Million. Die Stimmung im Lande stieg bis zum Fieber. Unter allseitigem Druck erklärte Präsident William McKinley schließlich am 25. April 1898 Spanien den Krieg. Dreizehn Jahre später, 1911, gelangte eine Untersuchungskommission zu dem Schluss, dass der Untergang der „Maine" auf ein Explosionsunglück im Maschinenraum des Schiffs zurückzuführen war.(6)

1960, mitten im Kalten Krieg, ließ die CIA einigen Journalisten „vertrauliche Dokumente" zukommen, die belegten, dass die Sowjetunion dabei war, das Wettrüsten zu gewinnen. Sogleich begannen die großen Medien das Landes, Druck auf die Präsidentschaftskandidaten auszuüben, und forderten lautstark eine beträchtliche Erhöhung der Verteidigungsausgaben. John F. Kennedy gab dem Druck schließlich nach und versprach ein Milliardenprogramm zum Bau neuer Interkontinentalraketen (Raketenlücke). Das entsprach nicht nur den Wünschen der CIA, sondern des gesamten militärisch-industriellen Komplexes. Nach der Wahl und der Bewilligung des Raketenprogramms musste Kennedy dann erkennen, dass die Vereinigten Staaten in Wirklichkeit eine erdrückende militärische Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion besaßen.

1964 meldeten zwei US-Zerstörer, sie seien im Golf von Tongking von nordvietnamesischen Torpedobooten angegriffen worden. Sogleich machten Fernsehen und Presse die Sache zur Staatsaffäre. Man sprach von Demütigung und forderte Vergeltung. Präsident Lyndon B. Johnson nahm die Angriffe zum Vorwand, um Vergeltungsschläge aus der Luft gegen Nordvietnam anzuordnen. Vom Kongress verlangte er eine Entschließung, die es ihm faktisch ermöglichte, die Armee einzusetzen. So begann der Vietnamkrieg, der erst 1975 - mit einer Niederlage - zu Ende gehen sollte. Später erfuhr man von Besatzungsmitgliedern der beiden Kreuzer, dass der Angriff im Golf von Tongking pure Erfindung gewesen war.

Dasselbe Szenario dann unter Präsident Ronald Reagan. 1985 erklärte er plötzlich den „nationalen Notstand" wegen der „Bedrohung durch Nicaragua" und die in Managua regierenden Sandinisten, die immerhin im November 1984 demokratisch gewählt worden waren und sowohl die politischen Rechte als auch die Meinungsfreiheit respektierten. Dennoch be-

hauptete Reagan: „Nicaragua ist nur zwei Autotage von Harlingen, Texas, entfernt. Wir sind in Gefahr." Außenminister George Schultz erklärte vor dem Kongress: „Nicaragua ist ein Krebsgeschwür, das sich heimlich in unser Territorium frisst. Dort folgt man den Lehren von ‚Mein Kampf' und droht, die Kontrolle über die gesamte Hemisphäre zu über Verwüstung der Brutkästen in der Frauenklinik in Kuwait", „die unüberwindliche Verteidigungslinie", „die chirurgisch präzisen Schläge", „die Wirksamkeit der Patriot-Raketen" usw. erwiesen sich als vollkommen falsch.

Seit Bush juniors umstrittenem Wahlsieg bei den Präsidentschaftswahlen im November 2000 gehört die Manipulation der öffentlichen Meinung zu den zentralen Aktivitäten der neuen Regierung. Nach den verabscheuungswürdigen Anschlägen vom 11. September 2001 ist dieses Verhalten geradezu obsessiv geworden. Michael K. Deaver, ein Freund von Rumsfeld und Spezialist für „psychologische Kriegsführung" (psy war), fasste das neue Ziel folgendermaßen zusammen: „Die militärische Strategie hängt in Zukunft von der Fernsehberichterstattung ab, denn wenn die öffentliche Meinung auf deiner Seite ist, kann dir nichts widerstehen; ohne sie ist die Macht ohnmächtig."

Zu Beginn des Afghanistankriegs wurden daher in Zusammenarbeit mit der britischen Regierung Informationszentren in Islamabad, London und Washington eingerichtet. Ausgedacht hatten sich diese Propagandamaschine George Bushs PR-Beraterin Karen Hugues und vor allem Alistair Campbell - Blairs äußerst mächtiger Guru in allen Imagefragen. Ein Sprecher des Weißen Hauses erklärte die Aufgabe dieser Einrichtungen folgendermaßen: „Rundfunk und Fernsehen senden Nachrichten rund um die Uhr, und diese Zentren liefern ihnen Nachrichten rund um die Uhr."(9)

Am 20. Februar 2002 enthüllte die New York Times das bislang aberwitzigste Projekt zur Manipulation der Köpfe. Um den „Informationskrieg" führen zu können, hatte das Pentagon auf Anweisung von Verteidigungsminister Rumsfeld und seinem Stellvertreter Douglas Feith heimlich ein mysteriöses, von dem Air-Force-General Simon Worden geleitetes Office for Strategic Influence (Amt für strategische Beeinflussung) geschaffen, das die Aufgabe hatte, im Interesse der Vereinigten Staaten nützliche Desinformationen zu verbreiten, und zwar insbesondere gegenüber ausländischen Medien. Wie die New Yorker Tageszeitung berichtete, hatte das Amt einen Vertrag über monatlich 100 000 Dollar mit der Werbeagentur Rendon Group geschlossen, die schon 1990 bei der Vorbereitung des Golfkriegs behilflich gewesen war. Sie war es, die damals die falsche Erklärung einer „kuwaitischen Krankenschwester" lancierte, die angeblich gesehen hatte, wie irakische Soldaten die Frauenklinik in Kuwait plünderten, „die Neugeborenen aus den Brutkästen rissen und gnadenlos umbrachten, indem sie sie auf den Boden warfen"(10). Diese Aussage trug entscheidend dazu bei, dass der US-Kongress für den Krieg stimmte.

Das Office for Strategic Influence wurde zwar nach den Enthüllungen in der Presse offiziell aufgelöst, ist aber ohne Zweifel immer noch aktiv. Wie sollte man sich sonst die grobschlächtigen Manipulationen während des jüngsten Irakkriegs erklären? Vor allem die ungeheuerliche Lüge über die spektakuläre Befreiung der Soldatin Jessica Lynch.

Wie man sich gewiss noch erinnert, berichteten die amerikanischen Medien Anfang April 2003 in großer Aufmachung und allen Einzelheiten über ihre Geschichte. Jessica Lynch gehörte zu den zehn Soldaten, die von irakischen Einheiten gefangen genommen wurden. Am 23. März sei sie in einen Hinterhalt geraten; sie habe bis zum Schluss Widerstand geleistet und auf die Angreifer gefeuert, bis sie keine Munition mehr gehabt habe. Sie sei schließlich niedergestochen, gefesselt und in ein Krankenhaus hinter den feindlichen Linien in Nassirija gebracht worden. Dort sei sie von einem irakischen Offizier geschlagen und misshandelt worden. Eine Woche später sei es amerikanischen, mit Hubschraubern ausgerüsteten Spezialeinheiten gegen den Widerstand von irakischen Wachen gelungen, in das Krankenhaus einzudringen, Jessica aufzuspüren und nach Kuwait zu bringen. Am selben Abend verkündete Präsident Bush der Nation aus dem Weißen Haus die Nachricht von Jessicas Befreiung. Acht Tage später übergab das Pentagon den Medien eine bei der Befreiungsaktion gedrehte Videoaufzeichnung mit Szenen, die der besten Kriegsfilme würdig gewesen wären.

Doch am 9. April ging der Irakkrieg zu Ende, und einige Journalisten - vor allem von der Los Angeles Times, vom Toronto Star, von El País und von BBC World - fuhren nach Nassirija, um die vom Pentagon gegebene Darstellung zu überprüfen. Sie fielen aus allen Wolken. Ihre Nachforschungen bei den irakischen Ärzten, die Jessica versorgt hatten, ergaben, dass die Verletzungen der jungen Frau (ein Arm und ein Bein gebrochen, ein Fußknöchel verrenkt) nicht auf Feuerwaffen zurückzuführen waren, sondern auf einen Unfall mit dem Lastwagen, in dem sie gefahren war. Auch war sie nicht misshandelt worden. Im Gegenteil, die Ärzte hatten alles getan, um sie bestmöglich zu versorgen. „Sie hatte viel Blut verloren", erzählte Dr. Saad Abdul Razak, „und brauchte dringend eine Bluttransfusion. Zum Glück haben einige Mitglieder meiner Familie dieselbe Blutgruppe wie sie: null positiv. So konnten wir genug Blut beschaffen. Ich denke, wir haben ihr das Leben gerettet."(11)

Unter persönlicher Gefahr versuchten die Ärzte Kontakt zu den amerikanischen Streitkräften aufzunehmen, um ihnen Jessica zu übergeben. Zwei Tage vor dem Einsatz des Sonderkommandos hatten sie ihre Patientin sogar in einem Krankenwagen in die Nähe der amerikanischen Linien gefahren. Aber die Soldaten eröffneten das Feuer und hätten ihre Heldin beinahe getötet. Im Morgengrauen des 2. April überraschten dann schwer bewaffnete Spezialeinheiten das Personal des Krankenhauses. Schon zwei Tage zuvor hatten die Ärzte den amerikanischen Streitkräften mitgeteilt, dass die irakische Armee sich zurückgezogen habe und Jessica auf sie wartete.

Dr. Anmar Uday beschrieb die Szene dem BBC-Korrespondenten John Kampfner: „Es war wie in einem Hollywoodfilm. Nirgendwo war ein irakischer Soldat, aber die amerikanischen Spezialeinheiten setzten ihre Waffen ein. Sie schossen wild um sich, und man hörte Explosionen. Sie riefen: Go! Go! Go! Der Angriff auf das Krankenhaus glich einer Show oder einem Actionfilm mit Sylvester Stallone."(12)

Die Szenen wurden mit einer Nachtsichtkamera aufgenommen. Der Kameramann war Assistent von Ridley Scott bei den

Dreharbeiten zu dem Film „Black Hawk Down“ (2001) gewesen. Wie Robert Scheer von der Los Angeles Times berichtete, wurden die Bilder für den Schnitt in die Kommandozentrale der amerikanischen Streitkräfte in Katar geschickt und nach einer Prüfung durch das Pentagon in die ganze Welt ausgestrahlt.(13)

Die Geschichte der Jessica Lynch wird in die Annalen der Kriegspropaganda eingehen. In den Vereinigten Staaten wird ihre Befreiung möglicherweise auch weiterhin als der heroischste Augenblick dieses Konflikts gelten. Obwohl inzwischen bewiesen ist, dass es sich dabei um eine ähnliche Art der Erfindung handelt wie bei den „Massenvernichtungswaffen“, die Saddam Hussein angeblich besessen hat, oder bei den Verbindungen zwischen dem irakischen Regime und al-Qaida.

Im Rausch ihrer Macht haben Bush und seine Umgebung die Bürger Amerikas und die gesamte Weltöffentlichkeit hinters Licht geführt. Ihre Lügen sind, wie Professor Paul Krugman meint, „der schlimmste Skandal in der politischen Geschichte der Vereinigten Staaten, schlimmer noch als Watergate, schlimmer noch als Irangate“.(14)

deutsch von Michael Bischoff

Fußnoten:

(1) http://www.commondreams.org/views03/0506-06.htm.

(2) http://www.counterpunch.org/vips02082003.html.

(3) http://www.scoop.co.nz/mason/stories/WO0305/S00308.htm.

(4) Persönlichkeiten wie Pierre Lelouche, Bernard Kouchner, Yves Roucaute, Pascal Pruckner, Guy Milière, André Glucksmann, Alain Finkielkraut, Pierre Rigoulot u.a. Vgl. Le Monde, 10. und 20. März 2003; Le Figaro, 15. Februar 2003. Siehe auch Anna Bitton, „Ils avaient soutenu la guerre de Bush“, Marianne, 9. Juni 2003. Jetzt, da die Lüge aufgedeckt ist, schweigen diese Leute.

(5) El País, Madrid, 4. Juni 2003.

(6) http://www.herodote.com/histoire02151.htm.

(7) Interview mit Noam Chomsky, in: Télérama, 7. Mai 2003.

(8) Siehe John MacArthur, Die Schlacht der Lügen, Über Medienzensur und Propaganda während des Golfkriegs 1991, München 1993.

(9) The Washington Post, 1. November 2001.

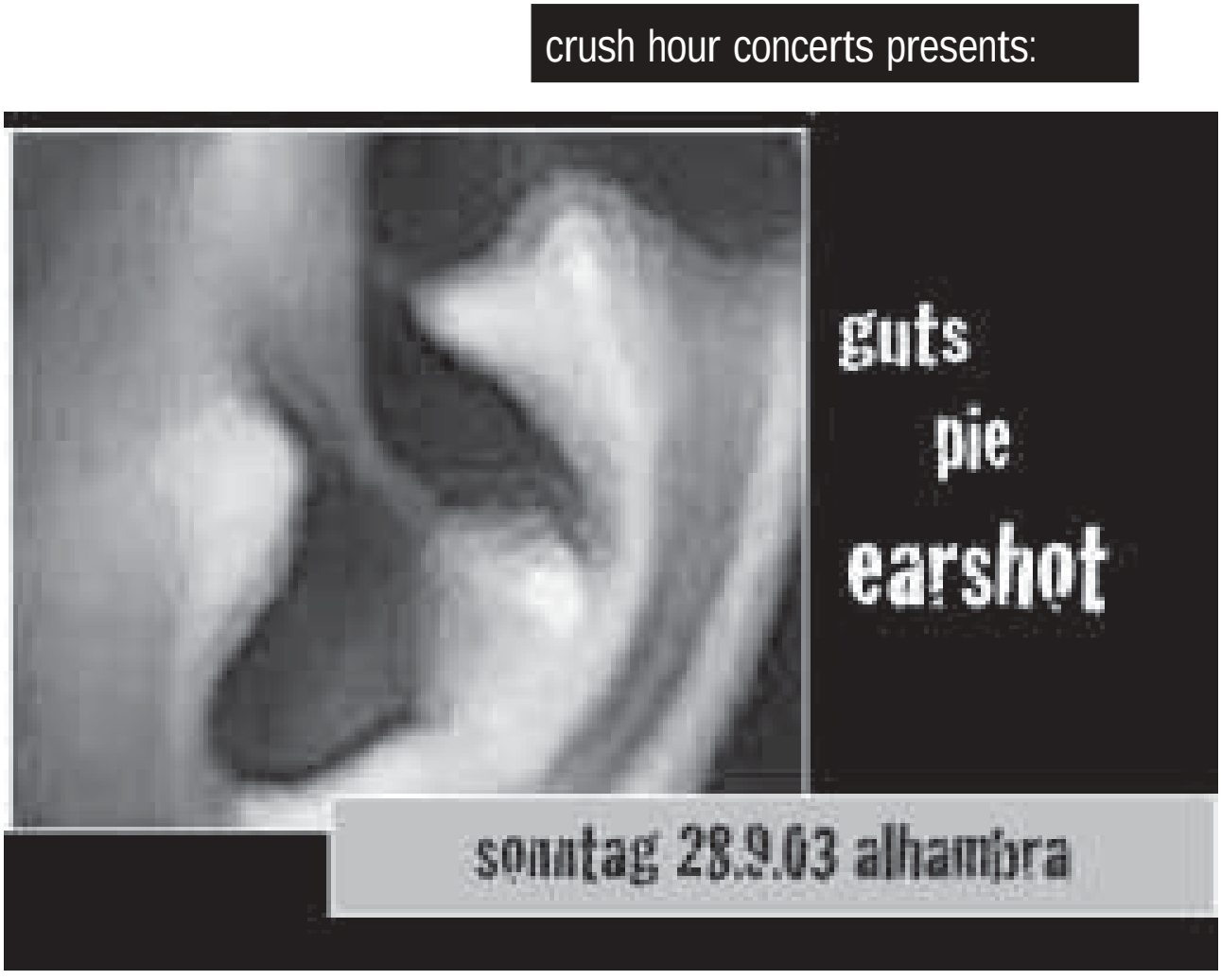
(10) Diese falsche Krankenschwester war die Tochter des kuwaitischen Botschafters in Washington; ihre Falschaussage hatte für die Agentur Rendon Group der einstige PR-Berater Präsident Reagans, Michael K. Deaver, verfasst.

(11) El País, 7. Mai 2003.

(12) BBC London, 18. Mai 2003, http://news.bbc.co.uk/2/hi/programmes/correspondent/3028585.stm.

(13) Los Angeles Times, 20. Mai 2003; siehe auch www.robertscheer.com.

(14) The New York Times, 3. Juni 2003.



Das Alhambra, unendliches Chaos,

wir schreiben die Zeit 2002 06 22,1037. Alle bereiten sich auf ein großen Ereignis vor welches um 1200 passieren soll.
Nein nicht der CSD, der war zwar auch an dem Tag, aber eher nebensächlich!
Ein einziger Mann verursachte es. Er schaltete der Strom ab, einfach so. Er ist zwar bei einem staatlichen Betrieb angestellt, aber das war nicht der Grund. Es war die Geburtsstunde einer neuen Ära, eine Ära, wo Frau mit ruhigem Gewissen einen Schalter, Dimmer oder Regeler betätigen konnte, ohne rückwärts in den Plattenkisten des DJs zu landen, weil der Strom wieder die Abkürzung durch ihren Körper nehmen wollte.

Ach, das waren noch Zeiten – damals - wenn in der Kneipe Würstchen warm gemacht wurden, die Doppel-kaffeemaschinen liefen und das Waffeleisen gerade anfangen wollte zu heizen, dann, ja dann stand Mann im Dunkeln. Mann taperte dann zum E-Raum, suchte in der Dunkelheit verzweifelt nach dem Schlüssel für die Tür und hoffte, dass er den Schaltschrank hinten in der Ecke des E-Raumes im Dunkeln ohne über irgendetwas zu stolpern erreichen konnte. Dann fing das Zittern erst an, würde im Schaltschrank etwas auf ihn lauern, ein Kupferdraht, der Ihm wieder einen Stromschlag verpassen würde, ließ sich die Sicherung finden und ließ sie sich wieder einschalten. Eine Spannung lag immer in der Luft, würde der Strom in die Kneipe wiederkehren oder ist die Party jetzt zu Ende.

Zum Glück sind diese Zeiten jetzt vorbei. Vieles wurde umgebaut, fast alles erneuert, was mit Elektrik im weitesten Sinne zu tun hat. Jede Verteilung hat mindestens einen Fehlerstrom-schutzschalter, der ausschaltet, sobald er den Verdacht hat, der Strom könnte mal wieder die Abkürzung durch einen menschlichen Körper nehmen. Ja und die Diskoanlage... Manche böse Zungen behaupten, daß der Umsatz an Kosmetika auf Partys mit Schwulen-Publikum stark gestiegen sein, weil jetzt alle Scheinwerfer und Spots der Diskoanlage wieder in Funktion sind.
Einen Luxus haben wir uns jetzt endlich einmal gegönnt: Es gibt eine Stelle, wo alle Bereiche ein- und ausgeschaltet werden können und die NutzerInnen nicht einen Studiengang „Alhambra richtig Ein- und Ausschalten“ belegen müssen.
Der Vorteil: Keine Herdplatte, keine Kaffeemaschine, etc. bleibt mehr über Nacht an. Wenn AUS, dann AUS ! Außerdem sind jetzt auch die Kühlschränke unter Dauerstrom, sodass sie die neuen NutzerInnen am nächsten Tag nicht mehr mit Namen ansprechen, wenn sie diesen öffnen. Zugegeben, ein Stückchen Persönlichkeit ging dadurch verloren, aber dieses Opfer müssen wir bringen.

Die Frage die sich stellt: „Wer hat das alles gemacht?“ Naja, einige kannten ihn schon, andere mußten ihn kennen lernen. Es ließ sich auch nicht vermeiden, denn er war fast täglich im Alhambra (nur zum Schlafen fuhr er nach Hause)
Aber wer opfert 966 Stunden ehrenamtlich neben dem eigentlichen Job und wofür? Schnell gesagt: Aus Egoismus - purem Egoismus. Diese Person ärgerte sich darüber, dass er seinen Gästen im Café der Rosa Disko nicht den Service bieten konnte, den er bieten wollte (z.B. Waffeln). Kurzum es mußte die Elektrik im Café erneuert werden.
Es war einfacher gesagt als getan, denn die Hauptverteilung allein hat drei Wochenenden in Anspruch genommen.
Alle VeranstalterInnen mußten starke Nerven beweisen, denn der Typ arbeitete bis zum Veranstaltungsanfang, und öfters sah es aus, als ob eine Bombe eingeschlagen hätte und die Veranstaltung im Wasser fällt, weil kein Strom da war, oder die Musikanlage in Einzelteilen noch auf dem Boden lag.

Andere NutzerInnen hatten ein größeres Problem: Der Anti-AKW-Raum hatte, genauso wie der Frauenraum mehrere Wochen keinen Strom. Und dem Typ war es auch egal. Er machte das, was er wollte! Er schaute sich alle Veranstaltungen an, und entschied dann weitestgehend allein, was installiert wird und was nicht. Was gebraucht werden durfte und was weg mußte. (Safety First!)

Sie ließen Ihn alle gewähren. Alle? Nein nicht alle. Einige wenige wagten es, Ihm zu widersprechen. Es waren jene, die meinen sie würden viel fürs Alhambra tun; und nicht jene, die täglich im Haus sind und so auch das musikalische Spektrum dieses Hauses immer ertragen müssen!
Solche NutzerInnen waren es schließlich, weshalb dieser Typ keine Lust mehr hat, unsere Elektrik im Hause zu sanieren.
Dabei hat er sich immer nur an einen Leitsatz gehalten:
„Ich hinterlasse keinen Fingerabdruck, sondern immer eine Unterschrift“

Einsmakeit, Pest und Neoliberalismus -eine kleine Knick-Geschichte-

Dämonisch ergreift die Dunkelheit besitz von dem

fernen Land, welches tief in Schlaf versunken auf
dem Rücken eines vielfüssigen Insekts sein winzig kleines

Dasein fristete. Die Hauptstadt beheimatete etwa fünfzig
stattliche Häuser, in denen Menschen edelsten Blutes die starr

vor Angst ihrem Untergang entgegen sahen, wohnten und warteten.
Das Insekt hatte einen guten Freund, auf dem eine Partner-

stadt der Hauptstadt gerade in einer Umstrukturierungs-
phase war. Einsamkeit war neben der Pest die größte

Seuche, die an den Menschen nagte. Allein blickten sie
vom Rücken des Einen zu dem des Anderen, wo alle in Frieden,

Gesundheit und Wohlstandlebten und schmiedeten einen Plan.
Eines Tages landete ein UFO, was aber keiner bemerkte, abgesehen

vom Gärtner des Bürgermeisters, der gerade Apfelkorn brannte.
Da tat sich aber ein Problem auf: die beiden Insekten hatten zu

Ende gepokert und einer ging nach Hause. Also konnten die
anderen das UFO nicht wahrnehmen. Die außerirdische

Besatzer begannen ihr Blut mit dem der edlen Rasse des Gärtners zu
kultivieren. Aber nichts half. Die Seuche raffte letztendlich

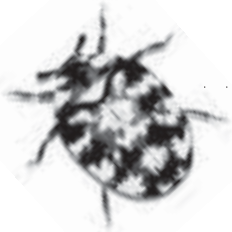
alle dahin bis audf einen kleinen Käfer, der so klein war,
das er nicht weiter relevant ist. Die Besatzer brachten viele

tolle Dinge wie Pornographie, Coca Cola und VW mit.
So ist das mit dem Fortschritt, und manch einer behauptet,

nur so und nicht anders müsse das sein. Das Käferchen
wurde nicht größer und damit auch nicht wichtiger, dafür

erfand Gärtner Karl beim Suppe kochen das erste Insektizid.
Obwohl er eigentlich schon Tod war, vernichtete er nicht nur

das Käferchen, sondern auch die großen vielfüssigen Insekten.



LITERATURKÄFERSEITE

LITERATURKÄFERSEITE

Dokumentation:

Hallo!
Wie Ihr vielleicht schon bemerkt habt, haben wir während der letzten Woche den Sex-Shop bespr ht, Turnvater Jahn an der C*cilienschule ein neues Outfit f r den Kriegseinsatz verpasst und die Mauer am Alhambra bespr ht. Wir wollen damit einen kleinen Anstoss geben, in Oldenburg (wieder) aktiv zu werden, natürlich auch auf anderen Ebenen und hoffen, daß in dieser Stadt wieder was passiert! move your asses...Es ist Zeit! Und es ist an uns!

(Soweit m*glich, wollen wir die Aktionen aber auch weiter vermitteln. Daher haben wir einen Brief an die Nachbar/innen des Orion-Ladens verfasst. Wir w rden uns freuen, wenn Leute Lust haben, diesen als Dokumentation zu verteilen. Der Text nimmt an manchen Stellen bezug auf einen aus der Alhambra-Zeitung vom Mai, weil wir den motivierend fanden. Wenn Euch der Brief nicht gef*llt, k*nnt ihr ihn nat rlich auch diskutieren, *ndern und als eigene Stellungnahme verteilen.)

Reboot to resistance!

Liebe NachbarInnen des ORION-Shops,

wie Sie vielleicht bemerkt haben, ist ORION in der Nacht des 26.8. ein wenig angespr ht und besch„digt worden. Wir m*chten Ihnen gerne erkl„ren, was es damit auf sich hat. Die Aktion sollte zeigen, dass es richtig und wichtig ist, frauen- und menschenverachtende Institutionen nicht einfach zu ignorieren. Darunter verstehen wir unter anderem Orte, die durch das, was sie tun oder verbreiten, Menschen zu Objekten machen, die nur zur Befriedigung der Bed rfnisse anderer Menschen (meist M„nner) existieren. Davon gibt es jede Menge und die meisten Sex-Shops geh*ren auch dazu.
In jeder Disco wird von Frauen erwartet, m*glichst "sexy" rumzulaufen, damit andere was zu glotzen haben. Und die meisten Badeseen m ssten eigentlich in Spannerseen umbenannt werden. Menschen werden auf ihre K*rper reduziert. Wer sie ist, ist egal, hauptsache "geiler Arsch" und "ordentlich Holz vor der H tte". Im Porno, ob Heft oder Film, vielleicht aus dem ORION-Regal, wird der bergriffigen Fantasie dann freier Lauf gelassen. Er kann sich einen runterholen, w„hrend fremde K*rper sich ihm anbieten und dabei auch noch den Eindruck machen, als k*nnte es f r sie nichts Sch*neres geben.
Dass hier so getan wird, als sei Zwischenmenschlichkeit k„uflich, passt hervorragend zu einer Gesellschaft, in der fast alles k„uflich ist.
Doch vor allem wird im Porno st„ndig dieselbe heterosexuelle, schwanzfixierte Auffassung von Sex verbreitet - n„mlich dass sie sich jederzeit von ihm v*geln lassen wollen muss. Ob sie wirklich will, ist zweitrangig. Massenhafte Vergewaltigungen unter dem Deckmantel von Ehe oder Beziehung sind bittere Realit„t. Pornos, aber auch Psychologen und M„nnermagazine, liefern immer neue Rechtfertigungen f r diesen Zustand, indem sie verbreiten, dass sie ja eigentlich immer will und er wegen seinem Sexualtrieb eh nicht anders kann. Hier zeigt sich die Macht von M„nnern in der Gesellschaft, das Patriarchat, auch im Bett noch ganz deutlich. Hier geht es nicht um Lust und Einverst„ndnis, sondern um Verf gbarkeit. Und da Macht ungerne abgegeben wird, stoáen Vorstellungen von einer anderen, gleichberechtigten Sexualit„t (die nicht nur den Fantasien von heterosexuellen M„nnern entspringt) auf das gleiche Unverst„ndnis, wie Vorstellungen von einer anderen, gleichberechtigten Gesellschaft.

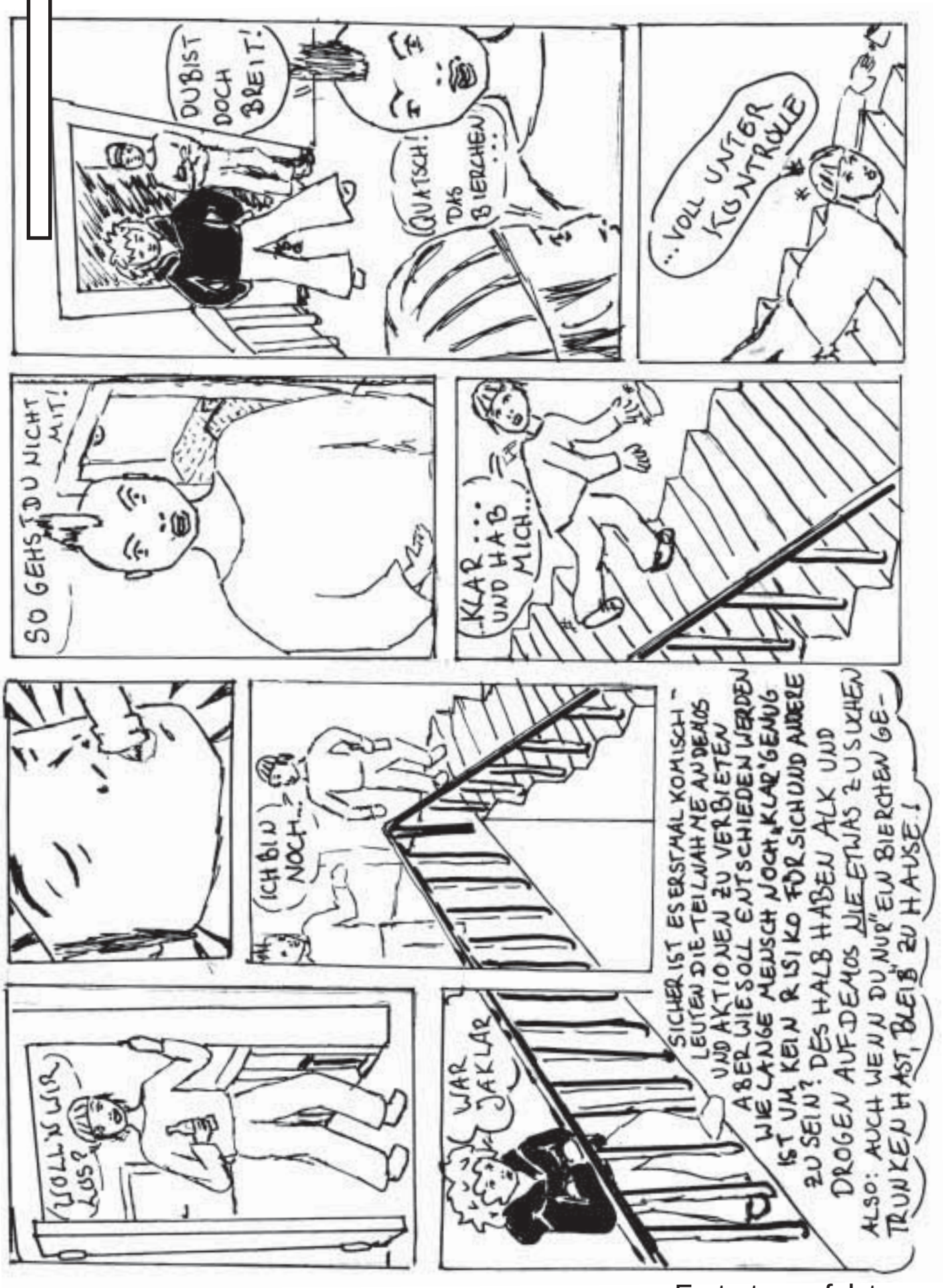
Also, um das nochmal klarzustellen: Uns st*rt nicht, dass ORION Sexspielzeug verkauft. Das k*nnte es ruhig mehr und woanders geben, dann w„re es vielleicht auch billiger.
Wir haben auch nichts gegen Erotik und Sex - im Gegenteil. Aber ALLE Beteiligten sollten Spass daran haben. Und daf r muss sich wahrscheinlich der Sex, aber auch die Gesellschaft „ndern.
Und das geht so: die ein oder andere Auffassung berdenken, mal was Neues ausprobieren, und vor allem sexueller Gewalt und k„uflichen Machtfantasien den Kampf ansagen!

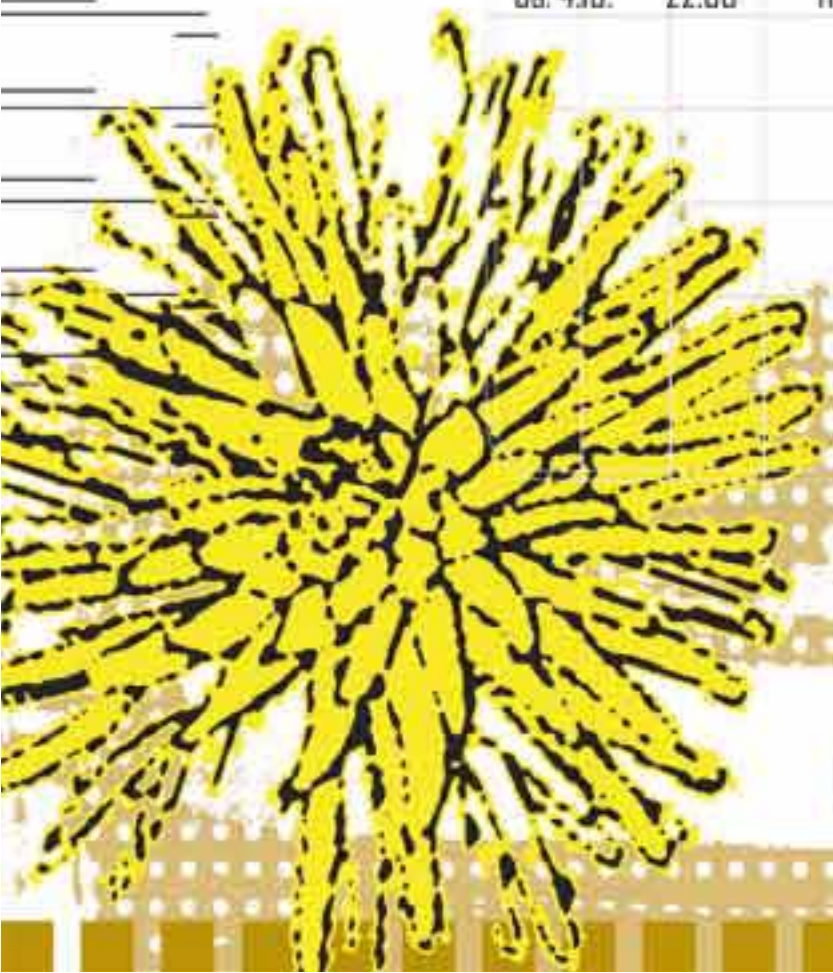
Pornos zu Bandsalat!

F r freie und gleichberechtigte Kooperation zwischen Menschen - im Bett und berall!

rechtshilfe comix

Teil 2



Fortsetzung folgt

Mo. 1.9.	21.00	Crush Hour Concerts: Vialka + Nytrogyzerine
Fr. 5.9.	23:30	Projekt Freiraum Goa-Party
Sa. 6.9.	22:00	Lesbischwule Mottoparty
Fr. 12.9.	22:00	'Rude Boy' FM presents: Drum 'n Bass and Jungle
Di. 16.9.	21.00	Crush Hour Concerts: Rauberhohle + Egotronic
Sa. 20.9.	22:00	Männerfabrik
Do. 25.9.	21.00	Ska Konzert
Fr. 26.9.	22:00	Smart-Party (BD-SM)
Sa. 27.9.	22:00	Rosa Disco
So. 28.9.	21:00	Crush Hour Concerts: Guts Pie Earshot
Oktober		
Mi. 1.10.	21.00	Konzert : Sencillo + Das Gelbe Haus
Fr. 3.10.	21.00	Frauenbandfestival: HORNissen + Weibrations + Venus Envy
Sa. 4.10.	22.00	Homophilias